Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2,25 G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesestr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheckk.: Hannover 22 539

Anzeigenpreises Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall. – Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. – Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 277 — Freitag, den 25. November 1932 — 114. Jahrgang

Der Reichspräsident empfängt wieder Parteiführer

Hitlers Vorschlag abgelehnt

Die geschichtlichen Dokumente der jüngsten Tage – Ein neues Kabinett Papen mit Personalveränderungen im Werden?

Die entscheidende Antwort

Amtlich wird aus Berlin, 24. Nov., berichtet:

„In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, den Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel, der im Wortlaut im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden wird."

Der Briefwechsel

Das Wolffbüro verbreitet dann folgende Darlegungen:

In der Unterredung, die am Sonnabend, 19. November, zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler stattfand, erklärte Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stände. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Besprechungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstage bekommen werde. Daher fühlte sich der Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen.

Die erste formulierte Erklärung des Reichspräsidenten

Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, 21. November, vormittags, übergab der Reichspräsident daher Adolf Hitler die folgende formulierte Erklärung:

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertrete. Ich verstehe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Manne geführt wird, und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb ersuche ich Sie als den Führer der stärksten Partei, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden ... Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstag abend."

Auf Anfrage Hitlers stellte der Reichspräsident folgende Voraussetzungen fest für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab:

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms. Keine Wiederkehr des Dualismus Reich—Preußen und keine Einschränkung des Artikels 48.
2. Persönlich behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reiches und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung."

Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

Hitlers Rückfragen

In einem Schreiben an den Staatssekretär Dr. Meißner vom gleichen Tage stellte Hitler einige Rückfragen. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 21. Nov. 1932.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Erfüllt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchprüfung des mir heute vom dem Herrn Reichspräsidenten zugestellten Auftrages vorgenommen. Nach eingehenden Aussprachen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein Vergleich der beiden Schriftstücke des mir gewordenen Auftrages einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unlösbar erscheinenden Widerspruch. Ehe ich dazu Stellung nehme, und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie, Herr Staatssekretär, bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten festzustellen und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in diesem Falle im Auge hat. Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig notwendigen parlamentarischen Tolerierung, oder will seine Exzellenz ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekannt gegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können. Sie werden, Herr Staatssekretär, bei einem kritischen Vergleich der beiden Dokumente unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, der verfassungsmäßigen Stellung und damit Verantwortung einer parlamentarischen Regierung die Wichtigkeit dieser grundsätzlichen Klärung von selbst erkennen. Hinzufügen möchte ich noch, daß Herr Reichskanzler Brüning einer der parteipolitischen Führer des Zentrums war und geblieben ist und dennoch in seinem zweiten Kabinett Präsidialkanzler wurde. Ich habe mich selbst nicht als „Parteiführer" gefühlt, sondern einfach als Deutscher, und nur um Deutschland vom Druck des Marxismus zu erlösen, gründete und organisierte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus lebt und wirksam wird. Daß wir in die Parlamente gingen hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwang, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bewußt von jeder par-

lamentarischen Tätigkeit ferngehalten. Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des Kabinetts von Papen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nur bei der Voraussetzung, daß sie eine Verankerung im Volke besitzt. Dies im Interesse der deutschen Nation gesetzmäßig hierbeizuführen, ist mein sehnlicher Wunsch und mein vornehmstes Ziel.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

Ihr sehr ergebener

gez. Adolf Hitler."

Dr. Meißners Beantwortung der Rückfragen

Staatssekretär Dr. Meißner beantwortete am Dienstag, 22. November, die Fragen. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„22. November 1932.

Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

Der Herr Reichspräsident sieht den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung in folgenden Merkmalen:

1. Das Präsidialkabinett — aus der Not der Zeit und dem Versagen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Regierungsmaßnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht seine Machtvollkommenheiten also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanktionieren oder Tolerieren dieser Maßnahmen. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann.
2. Das Präsidialkabinett muß überparteilich geführt und zusammengesetzt sein und ein vom Reichspräsidenten gut geheißenes überparteiliches Programm verfolgen. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheits- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbaren Einfluß hat. Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fördernden Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.
3. Reichskanzler Brüning hat bei seiner ersten Berufung auch ein ausgesprochen parlamentarisches auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett verwandelt hat, als der Reichstag bei der Gesetzgebung versagte, und Herr Brüning sich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten in weitestem Maße erworben hat. Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln.
4. Das Kabinett Papen war ein reines Präsidialkabinett, das nur zurückgetreten ist, weil es eine Mehrheit im Parlament zur Bestätigung oder zur Billigung seiner Maßnahmen nicht finden konnte. Ein neues Präsidialkabinett wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diesen Mangel beseitigen könnte und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Papen besäße.

Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten an Sie, sehr verehrter Herr Hitler, nur um die Bildung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handeln. Der Herr Reichspräsident hat sich zu diesem Versuch entschlossen, nachdem seine Besprechung mit den Parteiführern die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit im Reichstag für ein von Ihnen geführtes Kabinett ergeben und Sie selbst in der Besprechung am 19. 11. die Schaffung einer Mehrheit für eine von Ihnen gebildete Regierung und für ein dieser zu erteilendes Ermächtigungsgesetz des Reichstages für aussichtsreich gehalten haben. Die von dem Herrn Reichspräsidenten Ihnen auf Ihre Frage mitgeteilten „Voraussetzungen für eine solche Regierungsbildung stehen mit einer parlamentarischen Lösung nicht im Widerspruch. Der Herr Reichspräsident hat in Festhaltung der von seinem Amtsvorgänger wie auch von Ihnen stets ausgeübte Staatspraxis bisher jedem Kabinett gewisse grundsätzliche Forderungen auferlegt. Im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern erkennen lassen, daß gegen diese Forderungen grundsätzliche Widerstände nicht bestehen. Falls indessen eine der Ihnen bekanntgegebenen Voraussetzungen des Herrn Reichspräsidenten für die Regierungsbildung nicht als entscheidendes Hindernis zur Erreichung einer sicheren Mehrheit erweisen sollten, so würde das Gegenstand der erbetenen Berichterstattung über den Erfolg Ihrer Feststellungen sein."

Kaas bei Hindenburg

Aus Berlin, 24. November, wird amtlich gemeldet:

Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag den Führer des Zentrums, Prälat Kaas, zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag; die Besprechung wird morgen nachmittag fortgesetzt werden.

Die Tel.-Union berichtet:

Der Reichspräsident hat am Donnerstag nachmittag den Führer der Zentrumspartei, Prälaten Kaas, empfangen und ihm die Frage vorgelegt, ob er glaube, daß noch irgendeine andere Lösung möglich sei als eine Präsidiallösung. Prälat Kaas hatte bekanntlich auch auf dem Standpunkt gestanden, daß eine Mehrheitsregierung im Reichstage gebildet werden könnte. Er dürfte heute nach den vorliegenden Erfahrungen mit den Nationalsozialisten nicht mehr dieser Meinung sein und voraussichtlich dem Reichspräsidenten erklären, daß eine andere Lösung als die Bildung eines Präsidialkabinetts nicht mehr möglich ist.

Unter diesen Umständen dürfte morgen im Laufe des Tages der Reichspräsident erneut Reichskanzler von Papen mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen. Das neue Kabinett Papen dürfte indessen stärkere Personalveränderungen aufweisen, als bisher angenommen wurde.

In einer weiteren Meldung der T.-U. heißt es:

Wie man hört, hat Kaas dem Reichspräsidenten noch keine endgültige Antwort auf seine Frage gegeben; er wird sich erst noch mit seinen Parteifreunden beraten, vielleicht auch noch kurz mit den anderen Parteiführern Rücksprache nehmen und erst am Freitag seine Antwort dem Reichspräsidenten übermitteln. Die direkten Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und den Nationalsozialisten sind zwar abgebrochen, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie jetzt auf dem Wege über die Vermittlung durch Kaas doch noch wieder in Gang kommen, wenn man auch in politischen Kreisen die Endaussichten für etwaige derartige Bemühungen von Kaas ziemlich ungünstig beurteilt.

Hitlers Rückäußerung und Gegenvorschlag

Auf dieses Schreiben antwortete Hitler am 23. November u. a. folgendes:

Die Behauptung, daß das Präsidialkabinett überparteilicher sein könnte als ein parlamentarisches, widerlegt sich 1. aus der Art des Werdens eines solchen Kabinetts und 2. aus der Begrenzung seiner Arbeitsfähigkeit sowohl als auch aus der dabei angewandten Methode. Wenn ein Präsidialkabinett mit dem Artikel 48 zu regieren gezwungen ist, dann benötigt es die nachträgliche Billigung einer parlamentarischen Mehrheit. Damit ist es genau so abhängig von einer Parteimehrheit wie auch das parlamentarische Kabinett. Damit muß der ein solches Kabinett führende Staatsmann genau so das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages besitzen oder erobern, als er selbstverständlich das Vertrauen des Reichspräsidenten benötigt.

Ob ein Regierungsprogramm parteilich oder überparteilich erscheint, spielt keine Rolle. Wesentlich hingegen ist, daß es richtig ist und daß es zum Erfolge führt. Ich protestiere dagegen, daß ein an sich richtiges Programm etwa deshalb nicht durchgeführt werden könnte, weil es Eigentum und Gedankengut einer Partei ist und mithin von einer Präsidialregierung, die überparteilichen Charakter besitzen müsse, abzulehnen sei.

Ich habe die Ueberzeugung vertreten, daß es nur unter der Voraussetzung des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten am ehesten gelingen wird, eine Katastrophe zu vermeiden, weil sich immerhin zwei Drittel der zur Tolerierung nötigen Zahl von Abgeordneten schon in meiner Partei allein befinden.

Sie teilen mir mit, daß der Herr Reichspräsident nunmehr eine hundertprozentig parlamentarische Lösung wünsche.

Diese Aufgabe kann überhaupt nicht gelöst werden, wenn die Stellung dieses Auftrages mit Bedingungen verbunden ist, die die Lösung an sich verhindern. Denn wenn schon der nur parlamentarische Weg beschritten werden soll, dann können dafür aber auch keine anderen Voraussetzungen zur Auflage gemacht werden, als die in der Weimarer Verfassung selbst gegebenen.

Danach ist in erster Linie die parlamentarische Mehrheit maßgebend, sowohl für die Beauftragung mit der Regierungsbildung, als auch für die Zusammensetzung des Kabinetts und für das Regierungsprogramm. Voraussetzungen von anderer Seite können nur insoweit aufgestellt werden, als sie der Verfassung entsprechen.

Da der Reichspräsident den Reichskanzler und die Reichsminister ernennt, hat er selbstverständlich die letzte Entscheidung über die Ministerliste. Aber nicht zu vereinbaren mit dem Artikel 53 der Verfassung wäre dann die Voraussetzung, daß die Besetzung des Auswärtigen Amts und des Reichswehrministeriums Sache der persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten sei. Auch der Reichsaußen- und der Reichswehrminister können nur auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt werden.

Festlegung des Wirtschaftsprogramms, keine Wiederkehr des Dualismus zwischen Reich und Preußen, keine Einschränkung des Artikels 48, das sind alles Voraussetzungen, die bei einem parlamentarischen Mehrheitskabinett dem Reichspräsidenten nur nach Maßgabe der Artikel 68 ff. über die Reichsregierung zustehen.

Wenn Sie nun erklären, nach der bisher von dem Herrn Reichspräsidenten und seinem Amtsvorgänger geübte Staatspraxis seien jedem Kabinett grundsätzliche Forderungen auferlegt worden, so darf ich Ihnen darauf folgendes erwidern:

1. Noch nie in diesem Sinn und in diesem Umfang.

2. Noch nie war die katastrophale Lage Deutschlands innen- und außenpolitisch und insbesondere wirtschaftlich so, wie heute, und daher noch nie die volle Autorität eines Reichskanzlers nötiger als jetzt, und

3. darf ich doch auf darauf hinweisen, daß noch zu keiner Zeit so schwere Eingriffe in das parlamentarische Regierungssystem vorgenommen wurden, wie unter dem Präsidialkabinett des Herrn von Papen, die ich nun nachträglich den Parteien zur parlamentarischen Behandlung, und zwar zur Tolerierung und Billigung, vorlegen soll.

Sie schreiben, daß bei den Vorbesprechungen mit den anderen Parteiführern bereits deren Bereitwilligkeit geklärt worden sei, auf diese Vorbehalte einzugehen. Diese Erklärungen liegen jedenfalls nicht schriftlich vor. Aus der Besprechung, die der Reichstagspräsident Goering (vor der Erteilung des Auftrages des Herrn Reichspräsidenten an mich) mit anderen Parteien hatte, geht das Gegenteil hervor. Die Zusicherung nun, daß ich im Falle des Scheiterns meiner Verhandlungen dem Herrn Reichspräsidenten ja die Gründe mitteilen könnte, ändert gar nichts an der Tatsache, daß man einfach mit Recht feststellen würde, die Erfüllung meines übernommenen Auftrages sei mir nicht gelungen.

Die Folgerungen, die sich daraus für die nationalsozialistische Bewegung und damit auch für das ganze deutsche Volk ergeben würden, liegen auf der Hand. Ich habe in redlichstem Bemühen Auftrag und Bedingungen immer wieder miteinander verglichen, bin aber genau so wie meine sämtlichen Mitarbeiter zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Auftrag infolge seines inneren Widerspruchs in sich undurchführbar ist. Ich habe daher davon abgesehen, in diesen Tagen mit einer Partei Fühlung zu nehmen, und bitte Sie deshalb, Seiner Exzellenz, dem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, folgende ehrerbietigste Meldung übermitteln zu wollen:

Den mir am Montag, dem 27. d. M., vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Undurchführbarkeit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hand des Herrn Reichspräsidenten zurück.

Die Regierung Braun
nimmt im Landtag wieder das Wort

Der Preußische Landtag begann einen auf drei Tage berechneten Vollsitzungsabschnitt. Außerhalb der Tagesordnung gab

der deutschnationale Fraktionsvorsitzende Dr. von Winterfeld eine Erklärung

ab, die die Einsetzung des Reichskommissars bemängelte, wenn auch nicht alle Maßnahmen des Reichskommissars gebilligt werden. Die Fraktion lehnt es ab, „mit der sogenannten Regierung Braun" zu beraten.

Bei der Erledigung kleiner Vorlagen wurde einem Einspruch des Abg. Ruschke (Staatspartei) gegen seinen Ausschluß aus der Sitzung am 22. September stattgegeben, gegen die Stimmen der Nationalsozialisten.

Dann begann die große politische Aussprache, und zwar zunächst über den Abschnitt

„Regierung der Reichskommissare".

Auf der Regierungsbank nahmen zum **ersten** Male nach dem 20. Juli wieder Minister Platz, und zwar für die Regierung Braun der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hirtsiefer, mehrere Staatsminister und höhere Beamte. Als Minister Hirtsiefer das Wort erhielt, verließen die Deutschnationalen den Sitzungssaal.

Hirtsiefer sagte unter Hinweis auf das Leipziger Urteil, daß darin die Verordnung vom 20. Juli als in wichtigen Punkten mit der Verfassung nicht in Einklang stehend bezeichnet wurde. Dennoch habe die Reichsregierung es bisher nicht für notwendig gehalten, dem Reichspräsidenten die Aenderung der Verordnung vorzuschlagen. Noch immer müsse der Name des Reichspräsidenten im Reichsgesetzblatt eine verfassungswidrige Verordnung von dieser Bedeutung decken. Die Regierung Braun verlange Aufhebung der Verordnung, mindestens aber Abänderung im Sinne der Staatsgerichtshofentscheidung. Die preußische Staatsregierung bedauere es im Interesse des deutschen Ansehens, daß die Reichsregierung sich nicht zu einer Haltung entschlossen habe, die mehr dem Geiste des Leipziger Urteils entspreche. Zum Schluß betonte Hirtsiefer, die Staatsregierung kämpfe nicht für ihre Rechte, sondern für die Rechte der jeweiligen preußischen Regierung, die verpflichtet sei, bis eine neue Regierung gebildet wäre.

Abg. **Möller-Halle** (Soz.) verlangte völlige Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli.

Die **Weiterberatung** wurde auf Freitag vertagt.

Das Schreiben des Staatssekretärs Meißner vom 24. November

Staatssekretär Meißner erwiderte Hitler folgendes:

Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich, Ihnen im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben. Zu der von Ihnen für diese Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen mußte, daß eine Mehrheitsbildung im Reichstag möglich war. Einen „inneren Widerspruch" in seinem Auftrag vermag der Herr Reichspräsident um so weniger anzuerkennen, als in meinem erläuternden Schreiben vom 22. November ausdrücklich auf die Möglichkeit einer weiteren Rücksprache hingewiesen war, falls eine der von dem Herrn Reichspräsidenten erwähnten Voraussetzungen sich als ein entscheidendes Hindernis bei Ihren Verhandlungen erweisen sollte.

2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines „Präsidialkabinetts" zu übernehmen, er glaubt aber, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei seine präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat und die gegen ihn persönlich, wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend verneinend eingestellt war. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeizuführen zu haben, er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

3. Nachdem Sie zum lebhaften Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm, als auch in Ihrer gestrigen mit seinem Wissen geführten Unterhaltung mit dem Herrn Reichswehrminister General von Schleicher jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neuzubildenden Regierung — gleichzeitig unter welcher Führung diese Regierung auch stehen möge — mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, verspricht sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

Unabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag abgegebenen Erklärung, daß seine Tür jederzeit für Sie offen stehe und wird immer bereit sein, Ihre Auffassungen zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung verbleibe ich, sehr verehrter Herr Hitler,

Ihr sehr ergebener gez. Dr. Meißner."

„Noch ein paar Feststellungen" Hitlers

Hitler hat am Donnerstagnachmittag an Staatssekretär Dr. Meißner folgendes Schreiben gerichtet:

Indem ich Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlages zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen.

1. Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten, sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

3. Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen, gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur keine Parteidiktatur verlangt, sondern war, wie im August d. J., so auch jetzt bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen müßten erfolglos bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten.

Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen, da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur Mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine aufbaufähige Kraft zu sehen, und ich habe ja auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher recht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich, mit meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weitergehenden Verelendung entgegengeführt wurden.

Im übrigen bitte ich Seiner Exzelenz, dem Herrn Reichspräsidenten, nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Adolf Hitler.



Dr. Koester (links), der neue deutsche Botschafter in Paris, mit dem französischen Chef des Protokolls, Beca de Fouquières, nach der Uebergabe seines Beglaubigungsschreibens im Elysée, dem französischen Präsidenten-Palais.

Kein Konkurrenzunternehmen
zur Abrüstungskonferenz – sagt Deutschland

Ueber die Abrüstungsfrage, die anläßlich der Ratstagung in Genf inoffiziell zwischen den Vertretern der Großmächte erörtert worden ist, sind vorläufig keine weiteren Besprechungen vorgesehen. Der deutsche Außenminister hat in seinen bisherigen Unterredungen mit den Vertretern Englands, Amerikas und Italiens für den Wunsch dieser Mächte, Deutschlands Rückkehr zur Abrüstungskonferenz zu erleichtern, volles Verständnis und weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

Die positive Haltung Deutschlands gegenüber der Konferenz kommt darin zum Ausdruck, daß Deutschland die Vorschläge der Simonschen Rede — bei aller Kritik im einzelnen — als eine brauchbare Diskussionsgrundlage über die Gleichberechtigungsfrage anerkennt. Gleichzeitig muß aber, so heißt es in einem Bericht des Wolffbüros aus Genf, mit Bedauern festgestellt werden, daß es dem englischen Außenminister bisher nicht gelungen ist, auch Frankreich, auf dessen Haltung es in der ganzen Frage entscheidend ankommt, für den gleichen Standpunkt zu gewinnen.

Die Lage stellt sich im Augenblick so dar, daß Frankreich seinen Plan, der in vorläufig noch ganz undurchsichtiger Weise die Gleichberechtigung im Rahmen einer allgemeinen Sicherheitsorganisation herbeiführen will, in den Vordergrund stellt und nicht bereit ist, auf den Boden der Simonschen Vorschläge zu treten. Solange Frankreich bei dieser Haltung bleibt, sind naturgemäß für eine Konferenz der Mächte, von der in den letzten Tagen so viel gesprochen wird, die logischen Voraussetzungen nicht gegeben, denn eine derartige Konferenz hätte nur dann Zweck und Sinn, wenn sie auf die allein akute und von allen übrigen Großmächten gewünschte Erörterung der Simonschen Vorschläge beschränkt bliebe.

Andernfalls wäre dies ein überflüssiges Konkurrenzunternehmen zur Abrüstungskonferenz. Da noch keine Anzeichen für eine Aenderung der französischen Haltung vorliegen, läßt sich ein Zeitpunkt für diese Konferenz nicht absehen.

*

Nach Ansicht des Außenpolitikers des Echo de Paris sind die Genfer Verhandlungen jetzt an einem kritischen Punkt angelangt. Gegen das Versprechen, die Sicherheitsfrage gleichzeitig mit dem Problem der Gleichberechtigung zur Diskussion zu stellen, sei Frankreich zu einer Fünferkonferenz bereit, die nächste Woche beginnen würde. Notwendigerweise müsse Frankreich sich auch über Artikel 160 des Versailler Vertrages aussprechen, der die Rolle des deutschen Heeres definiere. Der Außenpolitiker fügt hinzu, er habe erfahren, daß die deutschen Delegierten wahrscheinlich nicht an einer Fünferkonferenz teilnehmen würden, auf der die Sicherheitsfrage angeschnitten werde. Getreu ihrer Verhaltungslinie würden sie erst dann an diesen Verhandlungen teilnehmen, wenn sie im voraus den Grundsatz der Gleichberechtigung durchgesetzt haben würden.

Nr. 277 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Freitag, den 25. November 1932

Aus der Stadt

Stand der Hauptunterstützungsempfänger

Im Bezirk des Arbeitsamtes Soest am 15. November

	Hauptunt.-Empf. in der Arbeitsl.-Vers.	Hauptunt.-Empf. der Krisenfürsorge
1. Stadt Soest	163	336
2. Stadt Werl	20	76
3. Amt Werl	16	59
4. Amt Borgeln-Schwefe	25	54
5. Amt Lohne	13	18
6. Amt Oestinghausen	18	21
7. Amt Körbecke	8	6
8. Amt Bremen	17	23
Sa.	280	593

Polizeibericht vom 24. 11. 32

1. Im vergangenen Monat meldeten sich obdachlos und wurden im Obdachlosenasyl der Herberge bezw. auf der Polizeiwache untergebracht und verpflegt: 598 Personen.

Auf der Polizeiwache wurden eingeliefert:

wegen Widerstandes	2 Personen
in Schutzhaft (grober Unfug pp.)	8 Personen,
zur Personalienfeststellung	1 Person,
wegen Verdacht des Diebstahls	1 Person,
in Zwischenhaft	3 Personen,
wegen Einbruchdiebstahls	2 Personen,
wegen Bettelns	1 Person,
wegen Kraftwagendiebstahls	2 Personen.

2. Sichergestellt wurde hier ein Herrenfahrrad, an dem das Markenschild fehlt. Das Rad hat die Rahmennummer 146 726 oder 146 126. Etwa Geschädigte wollen sich melden.

3. In vergangener Nacht wurden am Bahnhofsgebäude aus einem Blumenkasten 6 kleine Tannen entwendet. Wer über ihren Verbleib Angaben machen kann, wird um solche gebeten.

4. Als gefunden wurden abgeliefert:

1 Wollhandtäschchen, 1 Lacktäschchen, 2 Armbanduhren, 1 gold. Kettenarmband, 1 Trauring, 1 Knabenmantel, 1 rosa Kindermantel, verschiedene Herrenhüte, Damenschirme, 1 Strickweste, 1 weißer Pelzkragen, 1 Deckchen und 1 Stück Spitze, 1 Hornbrille, 1 Luftpumpe und 2 Messinghähne.

Verlierer können ihre Rechte auf dem Fundbüro, Rathaus Zimmer 8, geltend machen.

★

(!) **Die zweitälteste Bürgerin** unserer Stadt, Frau Witwe Gärtner Josef Fischer, Predigergasse begeht am heutigen Tage ihren 92. Geburtstag. Dem „hohen" Geburtstagskinde unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Möge der Greisin ein sonniger Lebensabend beschieden sein.

?:? **Bestandene Meisterprüfung.** Die Herren Franz Lüchtefeld aus Waltringhausen u. Fritz Hense aus Schmerlecke bestanden vor der Handwerkskammer Dortmund die Meisterprüfung für das Tischlergewerbe. Beide erzielten das Prädikat „Gut."

:·: **Die Gerhart Hauptmann-Feier des Bühnenvolksbundes** Soest am gestrigen Abend in der Lichtburg war eine eindrucksvolle Würdigung u. Ehrung des 70jährigen Dichters. Vor einem ausverkauften Hause gaben die Folkwangschulen Essen die Traumdichtung „Hanneles Himmelfahrt". Tief ergriffen von dem Geschehen auf der Bühne verließen die Besucher befriedigt die Lichtburg.

)!(**Am Tore an der Gräfte . . .** An der Gräfte des Nötten-Brüder-Wall (Soestbach) ist damit begonnen worden, eine Mauer zu ziehen. Die Mauer erhält ein Tor, damit der Eingang in die Gräfte zur Nachtzeit zum Schutz der Anlage abgeschlossen werden kann. Der durch die Gräfte führende Weg erhält eine feste Packlage.

:?: **Bräutigam-Prozeß.** Im Bräutigam-Prozeß war der gestrige Tag verhandlungsfrei. Heute morgen beginnt die Verhandlung mit der Anklagerede des Vertreters der Staatsanwaltschaft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in den heutigen Abendstunden noch das Urteil gefällt wird.

:·: **Musikalische Adventsfeier.** Am kommenden Mittwoch, den 30. November, veranstaltet die Ortsgruppe des Rhein-Westf. Frauenverbandes im Hotel Overweg eine musikalische Adventsfeier unter Mitwirkung von Ruth Schramme.

(:) **C. E. V.** Wir erinnern nochmals den heutabend in der Jugendherberge um 20,15 Uhr stattfindenden Unterhaltungsabend in Erinnerung. Herr Pfarrer Clarenbach spricht über die „Sage von der Schlacht am Birkenbaum". Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.

)!(**Der Ufa-Tonfilm: „Mensch ohne Namen"** wird ab heute bis einschl. Dienstag in der Lichtburg gezeigt. Die Deutsche Filmzeitung schreibt über diesen Tonfilm: Dieser Film ist in der Tat eine bedeutende und große Leistung. Das bleibt er auch gegenüber allen Einwendungen, die man ihm gegenüber je nach Einstellung machen kann. Mensch ohne Namen ist ein Monodrama, ein Solofilm. So einsam und für sich hat kaum je ein Darsteller gestanden, wie hier Werner Kraus, trotzdem ist er umgeben von einem Ensemble hochstehender Darsteller bis in die kleinste Nebenrolle hinein. Ermöglicht wurde das durch Werner Kraus' künstlerische Eigenart und spezifische Gestaltungskraft, die auch dort immer noch imponierend steht, wo sie theatert. Stofflich und dramaturgisch ist dies Alleinstehen hier aber auch sinnvoll, und darum innerlich berechtigt. Wie fast unfaßlich groß und ergreifend ist die Scene in der Millionenkartothek der Kriegsopfer. Das ist Kamerodgestaltung, die zum besten gehört. Der verhaltene Mathias Wiemann zeigt wiederum sein hervorragendes Können, Helene Thimigs wunderbare Innigkeit berührt tief, Hertha Thiele sah man mit Freude in einer kleinen Scene. Ein tön. Ufa-Beiprogramm leitet zum Hauptfilm über.

?:? **St. Pauli-Adventsfeier.** Zu einer Adventsfeier am Montag, den 28. November, 7,30 Uhr, im Petrushaus sind alle Frauen der Pauligemeinde aufs herzlichste eingeladen. Die Vikarin Frl. Baake von der Frauenhilfe wird einen Vortrag halten über „Weihnachtsvorbereitung und Weihnachtsfreude". — Kaffeekarten zu 25 Pfg. für Kaffee und Kuchen sind bei den Bezirksfrauen und im Pfarrhaus zu haben und möglichst vorher zu besorgen. Mitbringen von Gesangbuch und Kerze ist erwünscht.

)!(**Die Adventsfeier der Evgl. Handarbeitsschule** wird am Mittwoch, den 30. November, stattfinden. Sie ist nachmittags 3 Uhr im Evgl. Vereinshaus. Hübsche Ueberraschungen, Lichterreigen, ein Märchenspiel sind vorbereitet. Kaffeekarten zu 40 Pfg. sind in den Pfarrhäusern und am Eingang zu haben. Kuchen wird billig angeboten. Alle Freunde der Schule sind aufs herzlichste eingeladen, an dieser schönen Feier teilzunehmen. — Zugleich wird noch einmal hingewiesen auf den Abendkursus der Handarbeitsschule, der am 2. Dezember, abends 7,30 Uhr, beginnt.

)!(**Theaterabend des Turnvereins „Jahn".** Wie bereits berichtet, veranstaltet der Turnverein Jahn am Sonntag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, im Domhof einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangen drei der humorvollsten Einakter, betitelt: „Der selige Florian"; „Ich heirate nicht"; Ein Viertelstündchen als Theaterdirektor". Mag auch der Titel der Theaterstücke schon auf Humor hindeuten, so ist doch der Inhalt der Stücke von einem derartig humorvollem Einschlag, daß die Lachmuskeln fortwährend in Bewegung bleiben. Es lacht ein jeder, ob er will oder nicht. Es gibt hier kein erzwungenes, sondern nur ein herzhaftes Lachen, und herzhaft Lachen ist gesund, besonders in dieser schweren Zeit. Damit es einem jeden möglich ist, diesem Theaterabend mit beiwohnen zu können, hat der Vorstand des Turnvereins Jahn die Eintrittspreise auf 30 u. 50 Pfg. festgesetzt. Eintrittskarten sind bei dem Vereinswirt, Herrn Josef Müller im Domhof zu haben, desgleichen an der Abendkasse, welche am Sonntag, den 27. November, ab 7 Uhr abends, geöffnet ist. Siehe auch die heutige Anzeige. Für alle Freunde gesunden Humors wird die Parole am Sonntag lauten: „Auf zum Theaterabend des Turnvereins Jahn im Domhof!"

Die Jugend im Kampf um Deutschland

Aus der Führertagung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände.

Soest, den 24. Nov. Nachdem schon am Vortage die internen Beratungen gepflogen waren, trat am heutigen morgen die 5. Reichstagung der deutschen Jugendverbände zusammen um das Thema „Die Jugend im Kampf um Deutschlands Zukunft" zu behandeln und die oft weit auseinandergehenden Ansichten einzelner Gruppen auszutauschen. — Das Thema ist in 5 Materien zerlegt, von denen heute die „Volkliche Ordnung" und die „Staatliche Ordnung" behandelt wurden. Morgen werden „Wirtschaftliche und Gesellschaftliche Ordnung" folgen und der Samstag wird sich mit der geistigen Ordnung beschäftigen.

Die volkliche Ordnung.

Nach kurzen Begrüßungsworten hielt Dr. Wagenbach-Berlin das Grundreferat.

Von volklicher Ordnung sei heute nur sehr wenig vorhanden. Trotz der Sehnsucht weiter Kreise nach einer solchen Ordnung sei die Aufrichtung nicht gelungen. Das Lebensprinzip des Liberalismus scheint aufgebraucht, darum streben wir nach neuer volklicher Auffassung. Unsere Zeit ist eine Zeit der Relativisierung. Darum ist die Aufrichtung eines neuen Wollens von Nöten.

Eine volkliche Ordnung setzt die soziale Ordnung der einzelnen Glieder voraus. Darum ist die Eigenständigkeit zu verlangen. Aber der Mensch ist nicht nur für sich allein verantwortlich, sondern auch etwas höherem. Der Mensch ist nicht nur Einzelpersönlichkeit, sondern auch Glied eines größeren Ganzen. Seine volle Bedeutung kann der Mensch nur im Volk in der Gemeinschaft erlangen.

Dr. Wagenbach setzte sich dann mit der Möglichkeit des Errichtens einer volklichen Ordnung auseinander. Wesentlich sei die rechte Gestaltung der Familie als der Trägerin volklicher Ordnung. Die Familie beruhe auf der Ehe und sei erst die Grundlage des Gemeinwohles. Familie ist aber nur möglich durch opferwilliges Zusammenleben auf dem Boden von Opfergesinnung und Idealismus. Eingehend beschäftigte sich der Referent auch mit der Wichtigkeit der Siedlung, denn Volksordnung setze auch eine neue Bodenordnung voraus. Als erstrebenswertes Ziel stellte er die Einigung zwischen Norddeutschland-Preußen und Süddeutschland-Oesterreich dar, die geeignet seien, sich in wertvoller Weise zu ergänzen.

In der Diskussion sprach zunächst Pastor Dünsing-Hannover, der im großen Ganzen die Ausführungen des Redners bejahte und sie verschiedentlich noch unterstrich und bekräftigte. Beide Reden waren von tiefem Gottesglauben durchdrungen und bei beiden merkte man, daß die katholische, wie die evangelische Jugend gewillt ist, ganz andere Wege zu gehen, die die Menschen einer besseren und glücklicheren Zeit entgegenführen sollen. In der weiteren Aussprache kamen auch andere Meinungen zum Wort. Besonders von sozialistischer Seite wurde an den Reden scharfe Kritik geübt.

Die staatliche Ordnung.

Hierzu sprach Dozent Axel Seeberg-Neubabelsberg. Er prägte als Einleitung das Wort: Der Staat ist um sich selbst da. Keim zum Staate liege bereits in der Familie. Aber der Staat liege nicht nur zum Teil in der Familie begründet, sondern der Staat liege primär begründet in seinem Wesen als Männerbund. Der Bund sei aber letzten Endes um sich selbst da. Darum sei der Staat nicht anders zu begreifen als aus sich selbst heraus. Die Begleiterscheinungen seien Staatsverdichtung u. Ausweitung der staatlichen Aufgaben. Die Staatsverdichtung — das Volk an sich heranzubringen, um stark um machtvoll zu sein, sei durch die Demokratie intensiviert.

So sei man auf dem Wege zum totalen Staat, alles um des Staates willen. Der Referent setzte sich dann für die bündische Selbständigkeit ein, die im Interesse des Staates liege. Die Versuche, die Probleme des Heranbringens an den Staat durch die Wahlurne zu lösen, seien gescheitert. Er sieht in der Wehrerziehung das geeignete Mittel, da der Deutsche in der Hingabe für den Staat, dem Staate verbunden werde.

Bei uns sei über den Staat hinaus eine Sehnsucht nach dem Reich. Damit scheine verstanden zu werden die Ordnung, die dem eigenen Volke u. den anderen Völkern ihr Lebensrecht läßt, eine Ordnung, die auch dem einzelnen Menschen sein Lebensrecht läßt. Wenn das möglich ist, dann wird der Staat über sich hinauswachsen und Reich werden. Dieses Reich, das ein Vorbild sein würde allen abendländischen Völkern, würde nicht imperialistisch sein. Es scheine ihm eine Mission des deutschen Volkes zu sein, die Erfüllung dieses Vorbildes zu verwirklichen, eine Form der staatlichen Ordnung herauszustellen, die sich bisher nicht hat durchsetzen können.

Die Diskussion eröffnete für den erkrankten Dr. Reinermann, Dr. Berning-Berlin. Er führte einleitend aus, daß dem Liberalismus heute ein Irrationalismus und ein Supranaturismus gefolgt seien. Statt wie vorher zu sagen, der Mensch ist gut, heißt es jetzt, der Mensch ist schlecht. Er lehnte es ab, dem Vorredner zu folgen, wenn er sagt, der Staat ist um seiner selbst willen da. Der Staat sei um der Menschen willen da, aber niemals Selbstzweck. — Das christliche Naturrecht sei die Voraussetzung, in der der Mensch in der natürlichen u. übernatürlichen Ordnung stehe. Der Mensch habe zwei Aufgaben: Die Sorge für sein ewiges Heil und die Entfaltung seiner persönlichen Anlagen. Hier breche sich die Macht des Staates. Der Staat habe eine subsidiäre Aufgabe. Er dürfe nicht alles an sich reißen, sondern der kleinen Gemeinschaft die Aufgaben lassen, die für sie geeignet sind.

In seinen weiteren Ausführungen sprach Dr. Berning über die Staatsform und betonte, daß germanische Ordnung eine demokratische gewesen sei. Scharf wandte er sich gegen das Eliteprinzip, das neuerdings wieder stark geltend gemacht werde, propagiert werde. Er mußte seine Ausführungen unterbrechen, weil er die Redezeit weit überschritten hatte und weil man auf Seiten Andersdenkender durch Lachen und Unruhe sein Mißfallen ausdrückte.

In der Diskussion gingen naturgemäß die Ansichten wieder weit auseinander. Für die Führer der Jugend ist es aber gewiß außerordentlich wertvoll, sich gegenseitig ihre Meinung mitzuteilen und so zu größerem gegenseitigem Verständnis zu kommen. —



Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Wamel, 25. Nov. Neben der alten Landungsbrücke, unmittelbar am Wasser, wird ein neues Seebad errichtet. Nachdem die Ausschachtungsarbeiten beendet sind, wird nunmehr mit dem Bau begonnen. — Auch der Bau des Wameler Strandbades macht Fortschritte. Durch gewaltige Erdbewegungen wird die Erdanschüttung in den See hinein ermöglicht. Die Arbeiten dürften bis zum Saisonbeginn beendet sein.

Stockum, 25. Nov. Das Fest der goldenen Hochzeit konnten gestern die Eheleute Ferd. Nübel in bester Gesundheit begehen. Auch wir gratulieren!

Welver, 24. Nov. Im verflossenen Kirchenjahr waren in der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde 32 Geburten zu verzeichnen, von denen 12 männlichen und 9 weiblichen Geschlechts waren. Sterbefälle kamen 23 vor. Von diesen waren 16 männliche und 7 weibliche. Trauungen fanden 7 statt. Ferner wurden konfirmiert 5 Knaben.

Oestinghausen, 25. Nov. Ein Fräulein, das mit einem Fahrrad die Straße nach Wiltrop befuhr, kam bei dem schlechten Zustand der Straße zu Fall und zog sich einen Fußgelenkbruch zu. Die Straße bedarf dringend der Ausbesserung.

Strafantrag im Sprengstoffprozeß

Insgesamt 67¼ Jahre Zuchthaus beantragt.

Dortmund, 23. Nov. Zu Beginn des dritten Verhandlungstages gegen die 13 wegen Sprengstoffverbrechens vor dem Dortmunder Sondergericht angeklagten Kommunisten aus der Hammer Gegend wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit Bergassessor Morsbach von der bergbaulichen Versuchsstrecke Dortmund-Derne über die Gefährlichkeit des bei den Angeklagten vorgefundenen Sprengstoffes vernommen. Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit nahm der Staatsanwalt das Wort zu einem zweieinhalbstündigen Plaidoyer, in dem er darauf hinwies, daß besondere Gründe vorgelegen hätten, daß die lange vor Inkrafttreten der Sondergesetze u. der Errichtung von Sondergerichten begangenen Straftaten vor dem Sondergericht zur Verhandlung kämen. Die besonderen Gründe lägen in der Gemeingefährlichkeit der Taten, durch die sowohl die Ruhe und Ordnung innerhalb des Reiches, als auch die Sicherheit des Staates überhaupt gefährdet worden seien. Nur ein verschwindend geringer Teil des in Gesetze geraubten Sprengstoffes sei wieder herbeigeschafft worden, während der weitaus größte Teil sich noch in den Händen radikaler Personen befinde. Es sei erwiesen, daß die Angeklagten sich verbunden hätten in der Absicht, Sprengstoffanschläge auszuführen, das gehe aus der Beschaffenheit und der Verarbeitung zu Wurfbomben u. Handgranaten hervor.

Der Staatsanwalt beantragte sodann wegen Verbrechens gegen § 6 teilweise in Tateinheit mit § 7 des Sprengstoffgesetzes gegen den Angeklagten Anders sieben Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht, gegen die Angeklagten Magas, Gionker, Hader, Lampert und Siebert je sechs Jahre Zuchthaus, gegen sechs weitere Angeklagte wurden je fünf Jahre Zuchthaus beantragt. Bei drei Angeklagten erhöhen sich die Strafen um je einen Monat wegen verbotenen Waffenbesitzes. Gegen alle Angeklagten wurden außerdem Ehrverlust und polizeiliche Aufsicht beantragt. Nur in einem Falle beantragte der Staatsanwalt Freispruch.

Geschäftliches.

Ganz besonders wird auf die Anzeige des neu eröffneten **„Reich's Bekleidungshaus o.H. in Hamm"** Bahnhofstraße 19, aufmerksam gemacht.

Dieses Unternehmen hat es sich zur Aufgabe gestellt, die notleidende Bevölkerung in dieser Gegend mit guter, billiger Kleidung zu versorgen. Für jedermann, ganz gleich ob Angestellter, Arbeiter, Beamter, Handwerker, überhaupt für den ganzen Mittelstand, ist die Gründung dieser Verkaufsstelle von ganz besonderer Bedeutung. Den Lesern dieses Blattes wird durch diese Mitteilung ein guter Dienst erwiesen, zumal sich Tausende schon von der unglaublichen Preiswürdigkeit dieses Unternehmens überzeugt haben.

Mata Hari

Roman von Hans Lefebre

nach Karen Brown unter Zugrundelegung des gleichnamigen Garbo/Ramon Novarro-Films der Metro-Goldwyn-Mayer.

Copyright: Metro-Goldwyn-Mayer.

Sie war guter Laune. Es war ein wunderbares Gefühl, gut gearbeitet zu haben. Es war schön, zu leben.

Sie fuhr nach Hause, frühstückte, wechselte die Kleider und fuhr zu ihrer Verabredung mit Andriani.

Er sah sie schon von weitem. „Halloh", rief er, daß alle Vorbeigehenden ihn hören konnten. „So früh schon auf, Madame?" „Ich weiß, daß auch Sie zu denen gehören, die glauben, daß ich nie arbeite: ich bereite neue Tänze vor", antwortete Mata Hari.

Und während sie sich unterhielten, achteten sie genau darauf, ob jemand sie beobachtete.

Es waren nur wenige Menschen auf der Straße. Ein Offizier, der sie erkannte, drehte sich nach Mata Hari um, aber von ihm war nichts zu befürchten. Er war nur neugierig.

„Wenn Sie denselben Weg haben, bringe ich Sie gern ein Stück", erklärte Mata Hari.

„Es wäre reizend", dankte Adriani und stieg in den Wagen.

Mata Hari lehnte sich tief zurück. „Sie wissen, Andriani, ich habe keine Furcht, aber ich werde das Gefühl nicht los, daß mir jemand folgt. Ich weiß, es ist Unsinn, ich würde es merken. Als man mich zum Pavillon verfolgt hat, habe ich es auch gemerkt. Ich verstehe mich selbst nicht mehr. — Ist irgendetwas nicht in Ordnung?"

Andriani strich sich nachdenklich über den Schnurrbart. „Ja, etwas sehr Unangenehmes. Carlotta hat Selbstmord begangen — in ihrem Schlafzimmer — vielleicht war sie unglücklich verliebt."

Mata Haris Blicke schienen ihn zu durchdringen, sie war sicher, daß er ihr den wahren Grund nicht nennen würde und versuchte es trotzdem.

„Du hast wohl kein Vertrauen mehr zu mir?"

Andrianis Hand glitt immer noch über den Bart: „Nein, weder zu Dir noch zu irgendeiner anderen Frau. Früher oder später verliert Ihr alle den Kopf. Für nichts und wieder nichts macht Ihr Dummheiten. Ein unangenehmer Beruf, in dem man gezwungen ist, mit Frauen zu arbeiten, wenn es den Kopf kosten kann —", und nach kurzer Ueberlegung fügte er zum ersten Mal ganz aufrichtig hinzu: „Aber ich töte immer zuerst . . ."

Damit zog er sein Zigaretten-Etui, und als ob es eine ganz gleichgültige Unterhaltung wäre, bot er ihr zu rauchen an.

Sie nahm und lächelte.

Mit der Zigarette hatte er ihr ein Stück Papier überreicht. Sie faltete es schnell zusammen und steckte es in ihren Aermel.

„Ein unangenehm schwerer Code" sagte Andriani, „ich habe die ganze Nacht darüber gesessen, ohne daß ich ihn herausgefunden habe. Ich bin sicher, Schubin hat den Schlüssel, ohne den wir die Botschaft nicht lösen können."

„Schubin" — überlegte Mata Hari — „ich weiß nicht, ob Du orientiert bist, daß Dubois ihn besucht hat. Aber mache Dir keine Sorgen, ich bringe die Sache zu Ende. Ich werde mit Schubin schon fertig."

„Du hast heute Nacht gut gearbeitet" fuhr Andriani fort, der sicher war, daß Mata Hari ihre Arbeit zu Ende führen würde, „aber es war schließlich keine unangenehme Arbeit."

„Doch" war alles, was Mata Hari erwiderte.

„Ich glaube, daß dieser junge Russe uns nützen kann."

Andriani dachte nicht daran, nachzugeben. „Nein, er ist nicht zu beeinflussen", erwiderte sie zu ihrer eigenen Ueberraschung.

„Aber, aber", Andriani konnte ein Lächeln nicht unterdrücken, „Du wirst mir doch nicht einreden wollen, daß Du einen Mann, wenn er in Dich verliebt ist, nicht um den Finger wickeln kannst?"

Mata Hari spürte, daß er ihr nicht glaubte und daß sie ihn nicht überzeugen könne.

„Es ist zu leicht, u. es macht mir keinen Spaß."

„Es tut Dir leid, kommt das der Wahrheit nicht näher?" fragte Andriani und wurde plötzlich sehr ernst. Er verabschiedete sich. „Nimm Dich in Acht, Du wirst unvorsichtig", warnte er sie noch einmal, indem er ihr die Hand küßte.

„Keine Furcht", dankte sie kalt und fuhr weiter.

★

Wenige Minuten später hielt ihr Wagen vor dem Hause ihres Komponisten. Sie hatte die Wahrheit gesprochen, als sie sagte, daß sie neue Tänze vorbereite und Mata Hari wünschte beinahe, daß sie den ganzen Tag angestrengt zu arbeiten hätte. Sie fühlte sich nervös, und was schlimmer war, sie war unzufrieden mit sich selbst. Und so faszinierend auch das Gefühl, in Gefahr zu schweben, war — sie war müde.

Rosanoff? — Nein, sie hatte kein Mitleid mit ihm. Es war zu leicht, gegen ihn zu kämpfen. Sie hatte die ganze Zeit auf den Ring gestarrt, den er ihr geschenkt hatte. Warum werfe ich ihn nicht einfach fort, überlegte sie erstaunt.

Es war von hier nicht weit zur russischen Gesandtschaft. Sie gab den Befehl, bei der Schneiderin auf sie zu warten und verließ den Wagen.

Sie beobachtete genau, ob ihr jemand folgte, betrachtete Schaufenster, die sie kaum interessierten, kaufte hier und dort Kleinigkeiten, ohne etwas zu entdecken. Und war trotzdem, als sie in den Fahrstuhl stieg, der sie zu Schubin führte, sicher, daß sie verfolgt wurde. Sie fühlte sich von Gefahren umgeben.

Das kleine Stück Papier, das Andriani ihr gegeben hatte, würde den Tod bedeuten, wenn man es bei ihr fand. Man durfte es nicht finden. Es war zu spät, zu fliehen, und hier war es auch nicht nötig. Hier konnte man sie nicht durchsuchen. Es war auch unwahrscheinlich, daß man sie in Schubins Gegenwart festnehmen würde.

Ein Diener kam ihr entgegen. Sie waren alte Bekannte. „Guten Tag, Madame. Wir hatten lange nicht das Vergnügen, Sie zu sehen", begrüßte er sie, „aber gerade heute ist seine Excellenz nicht hier."

Mata Hari starrte die ganze Zeit auf die Tür und überlegte, was zu tun sei. Sie empfand keine Furcht. Sie würde schon einen Weg finden, hier heraus zu kommen.

„Schade", sagte sie dann, „ich hätte ihn gern gesprochen. Aber könnte ich ihm vielleicht ein paar Worte schreiben?"

„Selbstverständlich", beeilte sich der alte Diener, führte sie an den Schreibtisch und legte ihr Papier und Feder zurecht. Sie dachte an ihre Erlebnisse in England, als man ihre Sachen durchstöberte, ohne etwas zu finden. Ihr Koffer hatte keinen doppelten Boden, keine geheimnisvollen Dokumente waren vorhanden. Niemanden fiel die Flasche voll schweren, dunklen Parfüms auf, das dazu diente, die Geheimschrift zu enthüllen. Was man nicht verbirgt, sucht man nicht. Das hatte Mata Hari in den langen Jahren ihrer Spionagetätigkeit gelernt. Sie war entschlossen, den Zettel nicht zu verstecken. Sie nahm ihn heraus, und schob ihn in den Umschlag, den sie sorgfältig schloß.

(Fortsetzung folgt).

Wirtschaftliches

Berliner Produktennotierungen.

Berlin, 24. Nov. Weizen, märk. 196—198, Dez.-Lieferung 208,50—208,25, März-Lieferung 209 bis 208,75, Mai-Lieferung 213—212,75, Roggen, märk. 155—157, Dez.-Lieferung 167,5, März-Lieferung 171,5—171, Mai-Lieferung 175,5—175,25, Braugerste 170—180, Industrie- u. Futtergerste 161 bis 168, Hafer, märk. 125—130, Dezember-Lieferung 132,25 März-Lieferung 134,5—134, Weizenmehl 24,25—27, Roggenmehl 19—22,10, Weizenkleie 9,15 bis 9,75, Roggenkleie 8,60—9 Mark.

Viktoriaerbsen 21—26, Kleine Speiseerbsen 20 bis 23, Futtererbsen 14—16, Leinkuchen 10,10 bis 10,20, Erdnußkuchen 10,80, Erdnußkuchenmehl 11,10, Trockenschnitzel 8,90, extr. Sonabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10,30, dto. ab Stettin 11,— Mark.

Rauhfutter.

Roggenstroh, drahtgepr. neu 0,65—0,80, Weizenstroh, drahtgepr. neu 0,45—0,60, Haferstroh, drahtgepreßt, neu 0,45—0,60, Gerstenstroh, drahtgepreßt, neu 0,45—0,60, Roggenlangstroh, geb. 0,60—0,80, Roggenstroh, bindf. gepr. 0,60—0,80, Weizenstroh, bindf. gepr. 0,45—0,60, Häckfel 1,30—1,45, Heu, handelsüblich 1,10—1,30, Heu, gutes 1,80—2,10, Luzerne 2,15—2,45, Thymothee 2,20—2,50, Kleeheu 2,00 bis 2,30 Mark.

Essener Großhandels-Fleischpreise.

Essen, 24. Nov. Heute wurden folgende Fleischpreise je 50 kg in Rm. festgesetzt: Ochsenfleisch 50—56, Bullenfleisch 38—46, Kuhfleisch 40—50, Färsenfleisch 50—54, Kalbfleisch 55—75, Hammelfleisch 50—62, Schweinefleisch 60—62 Mark.

Husumer Weidefettviehmarkt.

Husum, 23. Nov. Dem heutigen Weidefettviehmarkt waren 972 Rinder und kene Schafe und Lämmer zugeführt. Der Handel war langsam. — Es bedangen in Pfennig: Ochsen: 1. Sorte 26—29, 2. Soete 23—25, 3. Sorte 17—21, Bullen 15—25, Kühe: 1. Sorte 22—25, 2. Sorte 19—21, 3. Sorte 15 bis 17, gering genährte 10—12, Färsen, 1. Sorte 26 bis 28, 2. Sorte 22—26, Färsen: 3. Sorte 18—21.

Wetter-Vorhersage.

Noch wechselhafte, meist stärkere Bewölkung. — Einzelne Schauerniederschläge, teils als Regen, teils als Schnee. Etwas kühler. Mäßige westliche bis nordwestliche Winde. Bei nächtlicher Aufheiterung vielfach leichter Frost.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Nach vorübergehender Wetterberuhigung Winddrehung auf West bis Südwest und später wieder Bewölkungszunahmen. Tagsüber etwas milder. Nachts noch immer leichter Frost.

Stadttheater Dortmund

Freitag, 25. Nov. **„Menschen am Schienenstrang"**, Volksstück in 10 Bildern von Wilhelm Krug und Max Frank. Anfang 20 Uhr, Ende gegen 22,15 Uhr.

Samstag, 26. Nov. **„Die Königskinder"**. Märchenoper von Engelbert Humperdinck. Anfang 20 Uhr, Ende nach 23 Uhr.

Sonntag, 27. Nov. **„Menschen am Schienenstrang"**, Volksstück in 10 Bildern von Wilhelm Krug u. Max Frank. Anfang 15,30 Uhr, Ende gegen 17,45 Uhr. — **„Das Dreimäderlhaus"**, Singspiel in 3 Akten von Schubert-Berte. Anfang 20 Uhr, Ende gegen 22,45 Uhr.

Zwangsversteigerung

Samstag, den 26. November, versteigere ich um **10,30 Uhr** in meinem Pfandlokal, **Pölhofstraße:**

1 Klavier, 1 Bücherschrank, 1 Büfett, 2 Schreibtische, 1 Spiegel mit Konsole, 2 Rauchtische, 2 Sofas, 2 Chaiselongue, 1 Bank, 1 Kleiderschrank, 2 kpl. Betten, 2 Nachtkonsolen, 3 Stühle, verschd. Bilder, 1 Nähmaschine, 2 Schreibmaschinen, 2 Flurgarderoben, 2 Ladentheken, Herren- und Damenhüte, Wintermützen, elektr. Lampen u. a. m.,

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.

Elliger, Obergerichtsvollzieher.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Maune). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller; für den Anzeigenteil: Carl Mayne sämtlich in Soest.



25 Jahre Coffeinfrei-Erfahrung-d.h. Spitzenleistung in Güte und Geschmack.-Daher Kaffee Hag und keinen andern

Holk der Narr

Roman von Arno Franz

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(47. Fortsetzung.)

„Ach, Herr Stein, wenn Sie wüßten, wie schwer mir dieser Entschluß geworden ist! Wenn Sie das wüßten . . .! Ich war doch dabei, als wir anfingen — — Ihr Herr Vater, der lange Schmidt, der dicke Wahnung und noch zwei andere, die schon lange tot sind."

August schreckte aus seinem Grübeln auf.

„Tot? — Wer ist tot?"

„Beyer und der Hamburger Holstenbeck!"

„Das ist doch schon hundert Jahre her!"

„Ganz so lange nicht, Herr Stein. Vielleicht zehn," sagte Sauerwein und ergänzte: „Ich erzählte nur eben Herrn Junior, wie wir vor vierzig Jahren angefangen haben und daß von den ersten, die da mit bei waren, schon zwei unter der Erde liegen."

„Hm, ja," sagte August, „die haben's überstanden!" und knickte wieder in sich zusammen.

Die Vergangenheit ließ Sauerwein nicht los.

„War das eine schöne Zeit damals!" begann er von neuem. In einem Schuppen, zweimal so groß wie das Zimmer, standen Krempel und Selfaktor. Unser Heiligtum! Die Eins von der ersten Million! Der Anfang! Und was waren das für Vehikel! Da gab's noch nischt von wegen den neumodischen Raffinessen. Da ging's noch heidi was konnste! Fein war das!"

„Machten Sie auch mit, Herr Sauerwein?"

„I wo, ich nicht! Ich war doch Expedient und Buchhalter. Ich mußte das Zeug fortschaffen, das die anderen machten. Auf'm Hundewagen, Herr Stein. Was hab' ich da geschwitzt! — Und dann mußt ich hinter'm Geld hersausen, Rechnungen schreiben, kassieren, wohl auch ab und zu mal auf's Gericht, wie das so geht, denn unser Herr Stein hat damit zeitig angefangen. Er war kein Guter! Wenn sie den auf die Hühneraugen traten, ei verdimmich! Aber schön war's damals!"

„Nicht klagen, Herr Sauerwein," sagte Karl. „Was steigt — fällt. Was unten ist — — kommt wieder hoch. Was lebt — muß vergehen und was vergeht — muß auferstehen!"

Der Alte nickte.

„Das ist freilich ein Trost! Ja, für die Jugend. Gott erhalte ihn Ihnen! Das Alter aber hat keinen!"

Ein leiser Seufzer wurde vom Fenster her hörbar.

Sauerwein wendete den Kopf.

„Da hab' ich wohl recht, gnädige Frau?" fragte er. „In einem gewissen Alter zerschlägt einen das Schicksal nur einmal. Man kann nicht wieder hoch."

Asta kam an den Tisch.

„Nur zu recht haben Sie, Sauerwein! Weder Kraft noch Mut bleibt einem. Sehen Sie sich doch meinen Mann an. Er hört nicht einmal, was Sie sagen."

August richtete sich langsam auf.

„Was hast du denn?" verteidigte er sich. „Ich bin doch durchaus bei der Sache. Alles habe ich gehört. Aber das rauscht so hin, man behält nichts!" Und sich an die Stirn fassend, fragte er Karl: „Was . . . was . . . wollte doch gleich Sauerwein?"

„Na siehst du, Lieber, daß du nichts gehört hast."

„Aber doch, Frau! Natürlich hab' ich gehört! Das wäre denn nun auch allerhand, wenn der Chef schlafen wollte, während der Prokurist Vortrag hält." — Er rappelte sich hoch. — „Hat's das mal bei mir gegeben, Sauerwein, he, daß ich nicht aufgepaßt hätte?"

„Nein, Herr Stein, das hat's nie gegeben. Im Gegenteil! Sie waren immer recht munter, wenn wir uns was zu sagen hatten."

„Also, mein Lieber, da will ich dich nicht länger bemühen," sagte er. „Die Gattin wird warten — und Frauen darf man nicht warten lassen."

„Sie ist das Warten gewöhnt!"

„Ja . . . es ist das Los der guten Frauen, daß sie warten müssen. Meiner ist es nicht anders ergangen und sie hat Rücksicht genommen. Nur die Kanaillen können nicht warten, verlangen Bevorzugung des kostbaren Ichs. Die dulden kein Versäumnis. Aber trotzdem, Sauerwein — nicht hassen. Immer Kavalier sein! Kavalier!"

Er streckte dem Prokuristen die Hand hin, die er zögernd ergriff. — „Dann auf Wiedersehen. Alter. Auf Wiedersehen!"

Sauerwein, der sich nicht auskannte, weil er den Chef in einer Verfassung sah, die mehr als nur Zerfahrenheit schien, blickte ihn verdattert an.

„Ich bitte sehr um Entschuldigung, Herr Stein, aber —"

„Was denn nun noch?"

„Ich hab' da noch eine kleine geschäftliche Sache, gewissermaßen nur 'ne Formalität."

„Formalitäten sind auch nötig. Müssen sein! Also — — was haben Sie denn?"

Sauerwein trat an den Tisch, nahm die Schlüssel vom Buch und war im Begriff, dieses aufzuschlagen, als August seine Hand faßte.

„Sind das keine Kinkerlitzchen," fragte er. „Ist das wirklich 'ne seriöse Sache?"

„Jawohl, Herr Stein! Das ist ganz unerläßlich! Ein Geschäft ist es nun eigentlich nicht, Herr Stein," erklärte er schüchtern. „Es ist mehr eine geschäftliche Handlung."

August verzog den Mund.

„Da wird kein Schwein draus klug!"

Asta zuckte zusammen und wollte den Gatten verweisen, aber Karl faßte beschwörend ihre Hand. Da schwieg sie.

„Du hast vorhin doch nicht gehört, Vater," sagte Karl, „Herr Sauerwein hat nämlich gemeldet, daß vor 'ner Stunde ungefähr — — die vorletzte Stütze unserer Firma geborsten ist. Frau Kannegießer hat dem Prokuristen Sauerwein Eimer und Schrubber zur Verfügung gestellt. Aus ist es mit unserer Flimmermarie!"

August lachte herzhaft auf

„Also demissioniert hat das Luder?"

Da konnte sich Asta doch nicht beherrschen.

„Sowas, August!", rief sie. „Benimm dich! Vorhin schon gebrauchtest du einen Ausdruck, der — —! Na, ja! — Und jetzt wieder."

August war bester Laune. „Endlich mal erfrischende Munterheit in der trostlosen Melodie der letzten Tage!"

„Entschuldige, Asta, entschuldige tausend Mal!" bat er. „Das darfst du mir nicht übelnehmen. Das hier ist gewissermaßen eine Geschäftssitzung, meine Liebe!" — — — —

„Solche Ausdrücke fallen dort gewiß nicht."

„Noch ganz andere, mein Kind! Frag' den Sauerwein. Frag' ihn."

„Ja, gnädige Frau, unter uns Männern geht's nicht immer vornehm zu."

(Fortsetzung folgt.)

Kleine polit. Nachrichten

Der französische Budgetvoranschlag für 1933

ist im Parlament verteilt worden. In der Begründung wird hervorgehoben, daß dieses Budget eine große Anstrengung im Sinne der Deflation darstelle. Die Einsparungen belaufen sich schätzungsweise auf 10 Prozent der Budgetmasse.

Acht sowjetrussische Bauern auf der Flucht aus Rußland erschossen

Wie aus Wilna gemeldet wird, sollen bei Radoskowice 15 Bauern, die von Sowjet-Rußland über die Grenze nach Polen gelangen wollten, von russischen Grenzwächtern angeschossen worden sein. Acht Bauern wurden getötet.

Trotzki in Athen

Aus Athen, 16. Nov., wird berichtet: Trotzki ist heute früh 7 Uhr im Hafen Piräus eingetroffen. Er reiste mit seiner Frau in einer Luxuskabine und empfing niemand mit Ausnahme eine Polizeioffiziers, den er bat, keinerlei Besuche bei ihm vorzulassen. Einige Kommunisten — die gegen Trotzki zu demonstrieren versuchten — wurden von der Polizei abgedrängt.

Der Generalgouverneur von Spanisch-Guinea ermordet

Havas meldet aus Madrid, aus Vata in Spanisch-Guinea verlautet, daß der Generalgouverneur Sestoa, der vermutlich demnächst zum Oberkommissar für Spanisch-Marokko ernannt werden sollte, von einem eingeborenen Sergeanten ermordet worden sei. Es soll sich nicht um eine politische Tat handeln.

Der Aufstand in Honduras

Aus Tegucigalpa kommt die Meldung: Nach zwölfstündigem erbittertem Kampfe in der Umgebung von San Pedro haben die Aufständischen Nacaome genommen und sich damit den Weg nach Süden geöffnet. Bei dem Kampf hat es Hunderte von Toten gegeben.

Polizeikommissar Marks-Eutin erneut zwangsbeurlaubt

Polizeikommissar Marks in Eutin, der wie gemeldet, am Montagabend ein Telegramm des oldenburgischen Staatsministeriums erhielt, durch das seine Dienstenthebung aufgehoben wurde, hat bereits am Dienstag früh vom Regierungspräsidenten Boehmcker den Bescheid erhalten, daß er bis zur rechtmäßigen Entscheidung eines Disziplinarverfahrens zwangsbeurlaubt werde und sich jeder Dienstausübung zu enthalten habe. Regierungspräsident Boehmcker soll, wie verlautet, telegraphisch nach Oldenburg beordert worden sein. Die Marks vorgeworfene Gehorsamsverweigerung bestand darin, daß er es ablehnte, auf Weisung des Regierungspräsidenten zwei preußische Kriminalbeamte zu verhaften, die im Einverständnis mit Bürgermeister Dr. Stoffregen in Eutin arbeiteten.

Der Evangelische Volksdienst gegen das badische Konkordat

Die Evangelische Volksdienst-Korrespondenz schreibt, bei den badischen Konkordatsverhandlungen sei der staatspolitische Grundsatz der Parität verletzt worden. Der Volksdienst erkläre sich daher gegen Staatsvertrag und Konkordat. Die Landtagsfraktion werde demgemäß gegen das gesamte Vertragswerk stimmen.

Herabsetzung der Stärke der niederländisch-indischen Kolonialarmee

Aus Batavia wird gemeldet: Die Regierung hat dem Volksrat mitgeteilt, daß die allmähliche Entlassung bezw. Pensionierung von 2700 Angehörigen der Kolonialarmee beabsichtigt sei. Unter den zur Entlassung kommenden Soldaten befinden sich etwa 300 Europäer. Man hofft, auf diese Weise Ersparnisse von 2,7 Mill. Gulden jährlich erzielen zu können.

Besorgnis um Amy Johnson. Aus Oran, 16. Nov., wird gemeldet: Um die englische Fliegerin Amy Mollison-Johnson, die den von ihrem Gatten gehaltenen Flugrekord England—Südafrika brechen wollte, herrscht große Besorgnis. Nach einer Zwischenlandung in Oran am 14. d. M. war sie mit Kurs auf Niamey in Französisch-Westafrika gestartet, wo sie jedoch nicht eingetroffen ist.

Kriminalfälle

Räuberhauptmann Theißen festgenommen

Der Duisburger Polizei ist es gelungen, das Räubertrio Theißen, Pätzold und Lump, das seit September d. J. in mehreren westdeutschen Städten schwere Raubüberfälle verübt hatte, an der Petrikirche im Stadtteil Hochfeld zu stellen. Ein Ueberfallkommando umzingelte die Kirche und gab auf die flüchtenden Räuber Schüsse ab, wodurch der Führer der Bande, Theißen, durch einen Kopfschuß schwer verletzt wurde. Auch die beiden anderen konnten gestellt werden. Bei den Räubern wurden drei Armeepistolen und 77 Schuß Munition gefunden.

Geheimnisvolle Tragödie — Mord und Selbstmord in einem Berliner Hotel

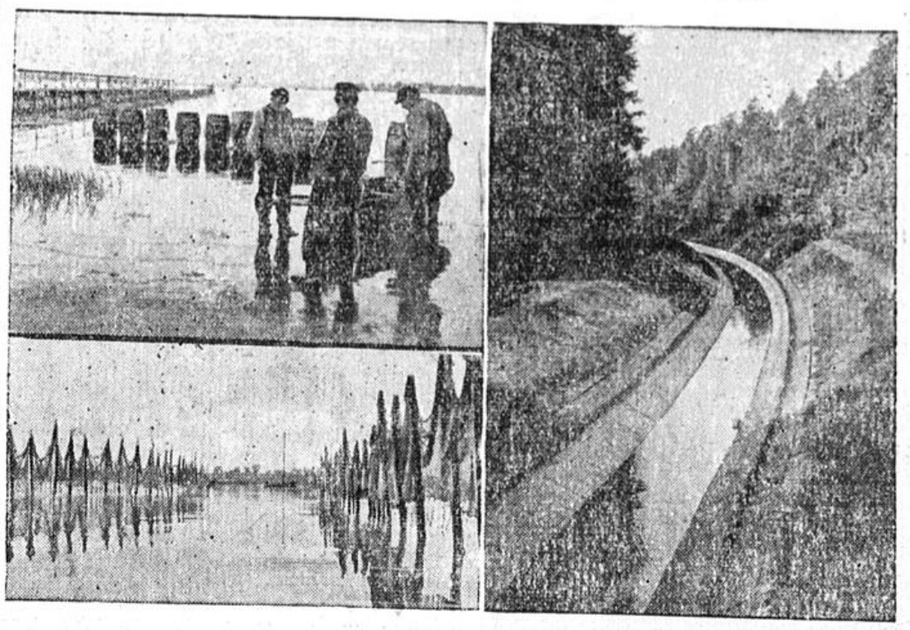
In einem Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofs in Berlin erschoß der 72jährige Dozent der Technischen Hochschule Charlottenburg, Regierungsrat a. D. Dr. Hermann Hecht, die 35jährige Frau Hanni Populow aus Hagen in Westfalen und tötete sich selbst. Ob Dr. Hecht und Frau Populow im gegenseitigen Einverständnis aus dem Leben gegangen sind oder ob es sich um einen Anschlag des befahrten Wissenschaftlers auf die viel jüngere Frau handelt, ist vorläufig noch unbekannt. Das Paar hat keinerlei Briefe oder Aufzeichnungen hinterlassen. Die Tat wirkt um so rätselhafter, als Dr. Hecht in gesicherten Vermögensverhältnissen und in glücklicher Ehe lebte.

Ueber die Einzelheiten der Tat wird in Berliner Blättern berichtet, daß Frau Populow in den Vormittagsstunden in dem Hotel erschien. Sie gab an, gerade vom Bahnhof zu kommen, und nahm sich ein Zimmer. Etwas später erschien Dr. Hecht im Hotel und ließ sich ein anderes Zimmer in einem anderen Stockwerk zuweisen. Abends, als sich das Hotelpersonal in das Zimmer der Frau begeben wollte, fand es die Tür verschlossen. Als man in das Zimmer eindrang, fand man Frau Populow angekleidet auf dem Ruhebett, auf der anderen Seite des Tisches neben einem Stuhl auf dem Fußboden Dr. Hecht. Er hatte den Revolver noch in der erstarrten Hand. Beide Leichen wiesen Kopfschüsse auf. Die Polizei setzte sich mit den Behörden in Hagen in Westf. in Verbindung, um über Frau Populow näheres zu erfahren. Dort konnte man keine ausführlicheren Mitteilungen machen. Man wußte lediglich, daß sie vor wenigen Monaten aus Berlin dorthin verzogen war, bei einer unverheirateten Schwester Wohnung nahm und angab, von Beruf Kindererzieherin zu sein.

Ein Elektrizitätsdieb hüllt eine Stadt in Finsternis

Am späten Nachmittag des 15. November wurde die kleine Zuiderseestadt Kampen in völliges Dunkel gehüllt. Aus unerklärlichen Gründen ging überall das elektrische Licht aus. Nach längerem Suchen entdeckten die Techniker des Elektrizitätswerkes den vermutlichen Ursprungsort der Finsternis, ein Haus in einer schmalen Straße. In diesem Hause waren jedoch alle Türen und Fenster dicht verschlossen. Als die Polizei sich gewaltsam Eingang verschafft hatte, stellte sich heraus, daß der Bewohner sich mit einem Beil bewaffnet hinter der Tür aufgestellt hatte und fest entschlossen schien, seine Behausung bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Ehe er jedoch hierzu kam, war er von den Polizisten überwältigt und entwaffnet worden. Eine Untersuchung ergab, daß der Bewohner damit beschäftigt war, sich unter Umgehung des offiziellen Elektrizitätsmessers eine Sonderleitung anzulegen, die es ihm gestattet hatte, sich kostenlos elektrischen Strom zu verschaffen. Der Elektrizitätsdieb hatte jedoch nicht damit gerechnet, daß ein solches Unternehmen Kurzschluß in der Elektrizitätszentrale hervorrufen würde. Dieser Kurzschluß dürfte für den Betroffenen jetzt ein unangenehmes längeres Nachspiel haben.

Die Fischer des Frischen Haffs greifen zur Selbsthilfe

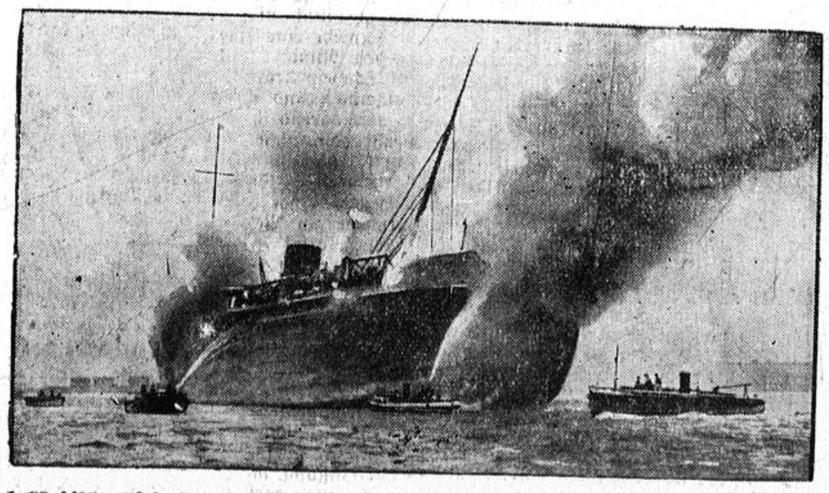


Oben: Arbeitslose Haff-Fischer. — Unten: Netze, die seit Wochen nicht mehr zum Fang ausgeworfen wurden.

Der Stichkanal der Königsberger Zellstoff-Fabrik, durch den nach Ansicht der Fischer die Giftstoffe in das Frische Haff gelangen.

Die Fischer des Frischen Haffs befinden sich seit Auftreten der geheimnisvollen „Haffpest" in ständig wachsender Verzweiflung. Nicht nur, daß sie selbst unter der Krankheit leiden, sondern die von ihnen gefangenen Fische werden nicht mehr abgenommen, da sich nach ihrem Genuß dieselben Krankheitserscheinungen bei den Käufern einstellen. Die Fischer, die körperlich und wirtschaftlich in äußerster Not sind, drohen nunmehr, den Stichkanal, durch den die Abwässer einer Zellstoff-Fabrik in das Haff gelangen, zuzuschütten, um einer weiteren Vergiftung des Haffbodens vorzubeugen.

Holländischer 15 000-Tonnen-Dampfer in Brand



Der holländische Riesendampfer „P. C. Hooft", umwölkt von dem Rauch der Flammen, die seine Innenbauten schon völlig zerstört haben.

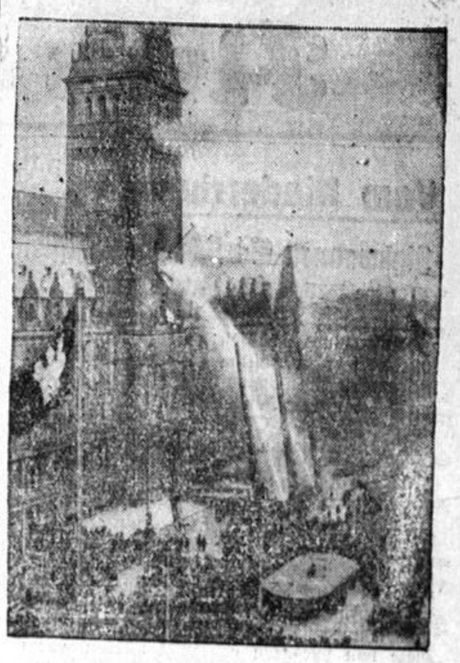
Im Hafen von Amsterdam geriet der Dampfer „P. C. Hooft" in Brand. Nachdem alle Löscharbeiten vergeblich waren, schleppte man das Schiff in die See, um es ausbrennen zu lassen.

Zweite und Dritte Internationale

Eine Rede Otto Bauers

Im weiteren Verlauf des Parteitages der österreichischen sozialdemokratischen Partei erstattete Abgeordneter **Dr. Otto Bauer** das Referat über Faschismus, Demokratie und Sozialismus. Während sich in Deutschland, so sagte der Redner u. a., die Demokratie selbst umgebracht habe, indem sie regierungsunfähige Parlamente wählte, sei das österreichische Parlament trotz tiefer Klassengegensätze immer arbeitsfähig gewesen. In Oesterreich fehlten die Klassen, die draußen die Träger der Diktatur seien und es fehlten auch die Machtmittel. Die Angriffe der bürgerlichen Parteien, die wüßten, daß die nächsten Wahlen ihrem Monopol auf die Regierung ein Ende machen werden, würden die Sozialdemokraten mit denselben Methoden abzuweisen haben, mit denen sie die Angriffe gegen die Demokratie in der letzten Zeit der Heimwehr abgewehrt hätten. Jeder Regierung, in der Faschisten sitzen, und jeder Regierung, die nicht zustimme, daß die parlamentarische Regierung gesichert werde, sei durch die formelle Aufhebung des mißbräuchlich angewendeten kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes schärfste Opposition entgegenzusetzen. Mit parlamentarischen Mitteln allein sei aber die Demokratie nicht zu verteidigen. Die österreichische Arbeiterschaft müsse dieselbe Bereitschaft und dieselbe Entschlossenheit zeigen, wie im Jahre 1929. Unverkennbar seien jetzt einige innere Hemmungen zu überwinden, da durch die Ereignisse der letzten Zeit der Glaube eines Teils der Mitgliedschaft an die Demokratie einigermaßen erschüttert sei, vor allem durch die ungeheure Arbeitslosigkeit und die Ereignisse in Deutschland. Eine solche Stimmung sei begreiflich, aber auch gefährlich. Daß die Entscheidung darüber, ob die Produktionsmittel dem Kapital oder dem arbeitenden Volke gehören sollten, nur in einer revolutionären Situation fallen könne, sei sicher, ob aber eine solche revolutionäre Situation die Demokratie sprengen müsse, oder ob die Demokratie der Arbeiterklasse auf demokratischem Wege die Macht in die Hand gebe, darüber zu diskutieren hätte heute nicht allzuviel Sinn. Das österreichische Proletariat, ringsum von der Reaktion umzingelt, habe die ungeheuere Aufgabe, hier eine Insel demokratischer Freiheit zu erhalten im Interesse der deutsch-österreichischen Arbeiterschaft und in Erfüllung einer Mission für die gesamte deutsche Arbeiterschaft und damit für das internationale Proletariat. Die entscheidende Macht liege in den Händen der besitzenden Klasse. Begreiflicherweise tauche da gerade jetzt der Gedanke der Einheitsfront des Proletariats mit aller Schärfe auf. Zu dieser Einheitsfront des Proletariats seien aber Einheitsfront-Manöver kein Weg. Der einzige Weg seien direkte Verhandlungen zwischen der sozialistischen Arbeiterinternationale und der Komintern, zwischen Zürich und Moskau. Der Augenblick zu solchen Verhandlungen sei noch nicht gekommen, er werde aber gegeben sein, wenn die Sowjetregierung die Bundesgenossenschaft des gesamten Proletariats nicht werde entbehren können und wenn dieses dann seine Pflicht, die Bundesgenossenschaft ohne jeden Vorbehalt zu leisten, auch wirklich erfüllen werde.

„Hamburgs Rathaus brennt" ...



diesen Eindruck hätte jeder Passant auf dem Rathausplatz am vergangenen Sonntag gewinnen müssen. Allerdings handelte es sich nur um eine Feuerlöschübung, die beweisen sollte, mit welcher Schnelligkeit und Zuverlässigkeit in Berufsfeuerwehr der Freien Hansestadt im Ernstfalle die Löschung eines gefährlichen Brandes bewerkstelligen könnte.

Kleine Meldungen

Todessprung von der Müngstener Brücke. Am Dienstag morgen stürzte sich ein etwa 20 Jahre alter Mann in selbstmörderischer Absicht von der über der Wupper 107 Meter hohen Müngstener Brücke. Die furchtbar verstümmelte Leiche konnte noch nicht identifiziert werden.

Marianne Winkelstern freigesprochen. Am 16. März dieses Jahres war im Berliner Westen der Oberingenieur Rudloff von einem von der Tänzerin Marianne Winkelstern gesteuerten Auto überfahren und so schwer verletzt worden, daß er während der Ueberführung auf die Rettungsstelle starb. Das Verkehrsgericht hatte Marianne Winkelstern wegen fahrlässiger Tötung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und ihr eine Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von 5000 RM zugebilligt. Das Landgericht hob dieses Urteil auf und sprach die Angeklagte auf Kosten der Staatskasse frei, da die letzte Verhandlung einen wesentlich anderen Sachverhalt ergeben habe.

Das Kind Gorguloffs. In einem kleinen Ort in der Nähe von Bern hat die Gattin des Mörders Gorguloff, der den Präsidenten Doumer erschoß, einer Tochter das Leben geschenkt. Frau Anna-Marie Geng Gorguloff hatte sich vor den Augen und Ohren Neugieriger in die Einsamkeit geflüchtet. — Das ist jenes Kind, ein Nachkomme des fanatischen oder irren Mörders, dessen Geburt Gorguloff, der am 14. September hingerichtet wurde, noch erleben wollte. Er sagte immer, daß dies Kind ein Junge sein werde, der seine Ideen weiterverbreiten würde. Er hatte ihm den Namen Jean Paul bestimmt. Diese Namen hätte es auch erhalten, wenn es nicht eben ein Mädchen gewesen wäre. Frau Gorguloff hat das Kind Jeanne Pauline genannt, sie glaubt so den Wünschen des toten Vaters am nächsten zu kommen. Die Frau Gorguloffs hatte Paris kurze Zeit nach der Hinrichtung ihres Gatten verlassen.

Aus Westdeutschland

Vom Niederrhein

Zinkwannen als Schmuggelschifflein

Eine köstliche Idee genialer Schmuggler

Ein gewiß einzigartiger Schmuggeltrick, der nebenbei eines gewissen Humors nicht entbehrt, wurde jetzt in Hassum bei Goch (Niederrhein) aufgedeckt. Am Schloß Terporten vorbei fließt der gutregulierte Kendelbach in Richtung Hassum. In der Nähe des Schlosses berührt er ein Stück neutrales Gebiet, d. h: das linke Ufer ist holländisch, das rechte deutsch. Da nun die Kendel zur Zeit ziemlich hohes Wasser führt und die Ufer ausgezeichnet begradigt sind, kamen Schmuggler auf eine überaus köstliche Idee, um ohne Gefahr das Schmuggelgut gemächlich nach Deutschland einzuführen. Daß dieser Idee der finanzielle Erfolg versagt blieb, ist auf einen reinen Zufall zurückzuführen. Am holländischen Ufer setzten bisher unermittelte Personen Zinkwannen, wie diese von Metzgern gebraucht werden, mit Getreide beladen auf die Kendel, damit sie in der Dunkelheit von selbst nach Hassum fahren sollten. Zufällig lag nun ein Zollbeamter an der Kendel, dessen Erstaunen natürlich sehr groß war, als er plötzlich das erste Schifflein ankommen sah. Nun wartete er ab und fing nacheinander alle Zinkwannen, insgesamt fünf Stück, auf, die mit drei Zentnern Getreide beladen waren. Wahrscheinlich haben die Empfänger des sonderbaren Schiffstransportes von dem Aufgriff Kenntnis erhalten und das Weite gesucht. Die Zollbehörde hat eine bestimmte Person in Verdacht.

Ein Vater von 9 Kindern getötet

Ein einstürzender Giebel begrub ihn

Der Zimmermeister Drove aus Geich bei Züllpich wurde von einem einstürzenden Giebel verschüttet und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb. Drove war beauftragt worden, einen vom Brande einer Scheune stehengebliebenen Giebel umzulegen. Während er noch mit Vorarbeiten beschäftigt war, stürzte die Mauer um und begrub ihn unter sich. Der Verunglückte hinterläßt neun unversorgte Kinder.

Krefeld. Reichstagsabg. Blum 75 Jahre alt. Der längjährige Führer der Rheinischen Landwirtschaft, Reichstagsabg. Blum, eines der ältesten Mitglieder des jetzigen Reichstages, feierte in bester Gesundheit seinen 75. Geburtstag. Von den Glückwünschen, die ihm zugegangen sind, ist besonders ein Telegramm des Aachener Bischofs hervorzuheben.

Krefeld. Großfeuer in Breyell. Morgens gegen 4 Uhr brach in einem Häuserblock in Breyell eine Feuersbrunst aus, der drei Häuser zum Opfer fielen. Zwei weitere Häuser wurden stark beschädigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Schaden ist beträchtlich.

Mörs. Von einem zu früh stürzenden Baum erschlagen. Am Morgen wurde der 23 Jahre alte Bäckergehilfe Becker aus Mörs beim Ueberqueren des Fahrdammes von einem zu früh stürzenden Baum erschlagen. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der Baum, der umgelegt werden sollte, durch den Sturm zu früh umgelegt wurde, trotzdem alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen waren. Auf die Warnungsrufe versuchte Becker noch zur Seite zu springen, wurde aber von einem starken Ast getroffen, der ihn so schwer verletzte, daß der Tod sofort eintrat.

Gründung des Westdeutschen Autobusverbandes

In Köln fanden sich im Großen Saale des Zoo etwa 100 Autobusunternehmer aus Rheinland und Westfalen zusammen, um die Gründung des Westdeutschen Autobusverbandes mit dem Sitz in Köln zu vollziehen. Der Verband will möglichst bald in enge Verbindung mit dem Reichsverband der Kraftomnibusbesitzer treten.

Nach einer Begrüßungsansprache von Ingenieur Paul Dahmen, der die Versammlung einleitete, sprach zunächst Friedrich Lohrer, Erster Vorsitzender des genannten Reichsverbands, über die Not des Gewerbes. Er gab ein Bild von der Entwicklung des Omnibusgewerbes und hob die Notwendigkeit des Zusammenschlusses hervor. Bürgermeister a. D. Marquardt (Solingen) wies auf die Hemmnisse hin, die in den Einrichtungen der öffentlichen Hand lägen. Sodann machte Paul Dahmen Ausführungen über die Verkehrswerbung des Staates und forderte eine zweckentsprechende Propaganda im Auslande zur Ankurbelung der Wirtschaft. Er richtete an die Anwesenden den Appell, mitzuwirken an der Aufrichtung des Verkehrs- und Hotelgewerbes.

Die Versammlung faßte

mehrere Entschließungen.

In der einen bezeichnet der neue Verband als die schwerste Bedrohung für eine gedeihliche Weiterentwicklung des privaten Kraftverkehrsgewerbes die Betätigung der öffentlichen Hand auf diesem Gebiete. Die öffentliche Hand überschreite die ihr von Natur aus gegebene Zuständigkeit, wenn sie, statt zu verwalten, selbst wirtschafte und Verkehr treibe. Nach der übereinstimmenden Ueberzeugung aller Fachleute bestehe die große Gefahr, daß durch einen Betrieb wie die Kraftpost der Allgemeinheit unmittelbar schwerer Schaden erwachse, da ein solcher Betrieb behördlich und demgemäß bürokratisch, statt wirtschaftlich und rentabel, aufgezogen werde und mehr koste, als er einbringe, wobei die Allgemeinheit gezwungen sei, den Fehlbetrag durch überhöhte Ausgaben für Postgebühren usw. zu decken. Der Verband verlangt, daß die Reichspost endlich veranlaßt werde, entsprechend der verpflichtenden Zusage der letzten Reichsregierung genauestens und regelmäßig Rechnung über ihre Betriebsergebnisse abzulegen und im Falle der Unwirtschaftlichkeit die Folgerungen daraus zu ziehen.

In einer weiteren Entschließung weist der Verband auf die großen Gefahren hin, die für Unternehmer und Fahrgäste in der Benutzung von Last- und Lieferwagen zur Beförderung von Personen, insbesondere bei Massentransporten, liegen. Es sollten gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden, die die Benutzung von Last- und Lieferwagen zur Personenbeförderung unmöglich machen. Benutzt werden dürften nur solche Fahrzeuge, die den für Omnibusse bestehenden technischen Vorschriften entsprächen.

In einer dritten Entschließung verurteilt der Verband die Preiserhöhungen für Treibstoffe.

Die einstimmig vollzogenen Wahlen ergaben als

1. Vorsitzenden Dahmen (Köln),

als 2. Vorsitzenden Pehlke (Münster), als Schriftführer Bürgermeister a. D. Marquardt (Solingen) und als Kassierer Otto Wiedenhoff (Witzleben). Im Laufe der Versammlung wurde für 168 Omnibusbesitzer die Mitgliedschaft zur neuen Vereinigung angemeldet.

Die rheinischen Ferien für 1933-34

Nach Anhörung des Provinzialschulkollegiums und der Regierungen der Rheinprovinz hat der Oberpräsident die einzelnen Ferienabschnitte für die Orte mit höheren Schulen in der Rheinprovinz für alle Schulgattungen allgemeinbildender Art wie folgt festgesetzt:

Schluß des Unterrichts: Dienstag, 4. April, Zahl der Ferientage: 16; Beginn des Unterrichts: 21. April.

Pfingsten: (entsprechend) Freitag, 2. Juni, 10 Tage, Dienstag, 13. Juni.

Sommerferien: Mittwoch, 26. Juli, 42 Tage, Donnerstag, 7. September.

Weihnachten: Freitag, 22. Dezember, 17 Tage, Dienstag, 9. Januar 1934.

Schluß des Schuljahres 1933-34: Mittwoch 28. März 1934.

Vom Mittel- und Oberrhein

Großer Effektenschmuggel

Die Täter flüchtig

Die Bonner Staatsanwaltschaft beschäftigt sich zurzeit mit einem großen Effektenschmuggel. Es handelt sich um ein I. G. Farben-Aktienpaket, das von Deutschland nach Holland verkauft, in Holland wieder aufgekauft und dann in Deutschland abgestoßen worden ist. Die Beschuldigten sind der Godesberger Major Niemöller und der Waldbröler Rechtsanwalt Dr. Möller. Major Niemöller war Generalbevollmächtigter einer Erbgemeinschaft, mit deren Geld er Farbenaktien im Betrage von 152 000 RM zu einem Kurse von 74 bis 75 in Holland kaufen ließ. Diese Aktien brachte dann der Waldbröler Rechtsanwalt an verschiedenen Banken, so in Köln, Essen, Wuppertal und Berlin, unter. Mit Hilfe eines Darlehns von 5000 RM ist Möller nach Straßburg geflüchtet. Niemöller ist ebenfalls flüchtig. Es wurde ein Steckbrief erlassen.

6500 Studenten in Bonn

600 weniger als vor einem Jahre

Die vorläufige Uebersicht über die Zahl der an der Bonner Universität und an der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf in diesem Semester immatrikulierten Studenten ergibt gegenüber dem Winter vorigen Jahres einen Rückgang von rund 600 Studierenden. 497 Studenten sind neu immatrikuliert, dazu kommen 214 Gasthörer, so daß die vorläufige Gesamtzahl 6711 Studierende beträgt.

Köln. Auffindung einer Kindesleiche. Am Nachmittag wurde auf der Deutzer Seite der Hohenzollernbrücke im Gebüsch in einem verschnürten Paket eine Kindesleiche gefunden. Die benachrichtigte Polizei schaffte den Fund zur Lindenburg, wo festgestellt wird, ob das Kind gelebt hat oder ob es sich um eine Totgeburt handelt.

Köln. Ungünstiger Wasserstand hemmt den Rheinschiffahrtsverkehr. Im Laufe der vergangenen Woche sank infolge der trockenen Witterung der Wasserstand von 2,87 auf 1,70 Meter, so daß sich die Wasserverhältnisse sehr zu ungunsten der Schiffahrt verändert haben. Der Kahnraum kann nicht mehr voll ausgenutzt werden. Trotzdem haben sich die Verkehrsverhältnisse in den einzelnen Häfen nicht wesentlich geändert. Der Stückgutverkehr ist auf der gleichen Höhe geblieben, während im Massengutumschlag ein leichter Rückgang festzustellen ist. Der Zollhafenverkehr steht im Zeichen des Weihnachtsgeschäfts.

Köln. Liquidation der Bausparkasse Roland A. G., Köln. In der Senatssitzung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung ist beschlossen worden, der Bausparkasse Roland A. G. in Köln den Geschäftsbetrieb zu untersagen. Die Untersagung des Geschäftsbetriebes wirkt wie ein Auflösungsbeschluß. Die Liquidation wird einem vom Reichsaufsichtsamt noch zu bestimmenden Liquidator übertragen.

Mayen. Schwere Strafe für einen Gemeindevorsteher. Der Gemeindevorsteher von Ettringen hatte in den Jahren 1931 und 1932 fortgesetzt Wohlfahrtsgelder unterschlagen und die Unterschleife durch falsche Buchungen verdeckt. In einer Reihe von Fällen hatte er angeblich Auszahlungen an Wohlfahrtserwerbslose mit gefälschten Unterschriften quittiert. Der Gemeindevorsteher wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter wurde ihm auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Hessen-Nassau

Vergiftung durch Kohlenoxydgas

Ein Mädchen tot, eine Frau in Lebensgefahr

Am Morgen fand man eine Beamtenwitwe in Diez an der Lahn mit ihrer 16 Jahre alten Adoptivtochter in den Betten vergiftet auf. Während die Frau noch Lebenszeichen von sich gab, war das Mädchen bereits tot. Als Ursache wurde Kohlenoxydgasvergiftung festgestellt. Das dunstige und neblige Wetter hatte in der Nacht die Gase nach unten gedrückt, wo sie durch eine schadhafte Kaminklappe in das Zimmer des Mädchens eindrangen. Die Wohnung selbst war nicht beheizt. Die Frau schwebt in Lebensgefahr und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

An Einzelheiten erfahren wir noch: Ein Verwandter kam morgens um 11 Uhr zu der Wohnung und fand diese verschlossen. Er stieß ein Fenster ein und entdeckte das furchtbare Unglück. Die Untersuchung, an der sich auch die Staatsanwaltschaft beteiligte, ergab, daß Kohlenoxydgase aus der oberen beheizten Wohnung, durch eine undichte Kaminstelle in das Mädchenzimmer eingedrungen waren. Die Frau, die im Nebenzimmer schlief, kam mit einer leichteren Vergiftung davon, weil hier die Gase nicht so stark auftraten. Man nimmt an, daß beide durch die Atemnot erwacht sind, aber nicht mehr die Kraft hatten, für frische Luft zu sorgen.

Paratyphus in zwei Vogelsberg-Dörfern

Bisher 24 Bazillenträger festgestellt

In den beiden Orten Sichenhausen und Kaulß am Vogelsberg wurde durch Untersuchunge der Kreismedizinalbehörde eine Paratyphusepimie festgestellt, die sich in beiden Orten bereits auf eine große Zahl von Personen ausgedehnt hat. Um die Weiterverbreitung der Epidemie durch die leichte Uebertragbarkeit der Paratyphusbazillen durch Milch- und Milchprodukte — Butter, Käse usw. — zu verhindern, hat das Kreisamt Schotten durch eine Polizeiverordnung ab sofort jeden Verkauf derartiger Produkte aus den beiden Orten nach außerhalb bis auf weiteres verboten und Zuwiderhandlungen mit erheblichen Geldstrafen bedroht. Gegenwärtig wird die Einwohnerschaft beider Orte durch die Medizinalbehörde untersucht, um alle Bazillenherde genau zu ermitteln. Von den bis jetzt untersuchten 90 Personen wurden 24 Bazillenträger festgestellt, und zwar 18 in Sichenhausen und 6 in Kaulstoß. Durchweg handelt es sich dabei um Frauen und Kinder. Es sind umfangreiche Maßnahmen zu rascher und wirksamer Bekämpfung der Erkrankungen getroffen, so daß man weitere Besorgnisse nicht zu hegen braucht.

Der Verkehrsverband Lahn wirbt in Holland

In der in Limburg an der Lahn abgehaltenen Sitzung des Verkehrsverbandes für die Lahn wurde zunächst über den Fremdenverkehr im Jahre 1932 Bericht erstattet. Der Bericht stellt unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse fest, daß der Fremdenverkehr an der Lahn als zufriedenstellend bezeichnet werden könne. Der Touristenverkehr habe einen starken Auftrieb erfahren, dagegen sei die Aufenthaltsdauer zurückgegangen. Das Hauptbesucherkontingent stellten die Holländer. Im Jahre 1933 wird man anläßlich der vorgesehenen großen Feiern zum 400. Todestag Wilhelms von Oranien eine verstärkte Werbung in Holland veranstalten. Auch will man, um weiteren Kreisen der Bevölkerung einen Ferienaufenthalt zu ermöglichen, Pauschalpreise einführen.

Frankfurt a. M. Der Raubüberfall auf den Geldbriefträger Mohr. Ende Mai dieses Jahres wurde auf einem Dienstgang morgens gegen 9 Uhr der 60 Jahre alte Oberpostschaffner Mohr im Hause Sandweg 27 überfallen, von hinten zu Boden geschlagen und beraubt. Mohr erhielt mit einem harten Gegenstand mehrere Schläge auf den Hinterkopf. Auf der Flucht warf der Täter die geraubte Geldtasche fort, in der sich etwa 1500 RM befanden. Als der Tat verdächtig erschien der 30 Jahre alte Arbeiter Hermann Theobald aus Bad Dürkheim, der bisher die Tat bestritten hat. Die Staatsanwaltschaft hat gegen ihn Anklage wegen schweren Raubes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung erhoben. Die erschwerenden Umstände bei dem Raub werden darin erblickt, daß Theobald wegen versuchten Raubes vorbestraft ist, und daß er eine Waffe bei dem Ueberfall bei sich führte.

Bergisches, Südwestfalen

2000 RM aus dem Reichsbankkeller „geangelt"

Wie erst jetzt bekannt wird, wurden aus dem Keller der Reichsbank in Hagen in der vergangenen Woche durch raffinierte Diebe 2000 RM gestohlen. Die Diebe hatten den Fensterschutz zerschnitten und dann mit langen Stangen zwei mit Silbergeld gefüllte Beutel aus dem Keller herausgeangelt.

Ein Raub der Bande Pätzold-Theissen in Lente?

Zu dem Raubüberfall in der Verteilungsstelle Lente der Lebensmittelgroßhandlung Schuhmann-Remscheid erfahren wir, daß nach Ansicht der Polizei die berüchtigte Räuberbande Pätzold und Theißen, die in Duisburg festgenommen wurde, auch hier als Täter in Frage kommt. Es wurde nämlich ermittelt, daß die Bande an dem fraglichen Tage sich in Wermelskirchen herumgetrieben hat. Anhand von Lichtbildern wurden Pätzold und Theißen einwandfrei wiedererkannt.

Hagen. Raubüberfall. Abends gegen Uhr wurde einer Verkäuferin der Firma Brin- in der Adrianstraße von einem Räuber die Tasche mit der Tageseinnahme von 110 RM entrissen. Der Täter konnte auf der Flucht von der Polizei festgenommen werden.

Wipperfürth. Ein neuer schwerer Schlag für die Stadt. In der Stadtverordnetenversammlung am Montag wies Bürgermeister Dr. Graf darauf hin, daß sicherem Vernehmen zufolge eine Reihe von Finanzämtern aufgehoben bezw. zusammengelegt werden solle. Auch das Wipperfürther Finanzamt solle davon betroffen werden. Die Stadtverordnetenversammlung erhob gegen diesen Plan schärfsten Protest. Sie war der Ansicht, daß das Finanzamt durchaus lebensfähig sei und ein Verbleiben in Wipperfürth sehr wohl verantwortet werden könne. Durch die Aufhebung des Finanzamtes würde die Stadt, die schon durch die Auflösung des Kreises und die damit verbundene Verlegung des Kreissitzes erheblich geschädigt ist, weiteren Schaden erleiden. Die Stadtverordnetensitzung bittet daher die maßgebenden Instanzen, für die Erhaltung des Finanzamtes Wipperfürth einzutreten.

Aus dem Ruhrbezirk

Doppelraubmörder Cinram tot aus der Emscher gezogen

Der Streckenmeister Otto Cinram, der vor ungefähr 14 Tagen in Dortmund-Ellinghausen in einem kleinen Bauernhaus die 32 Jahre alte Angestellte Thieme und die 39jährige Frau des Fördermaschinisten Schmidt durch Revolverschüsse getötet und aus der Wohnung etwa 3000 RM geraubt hatte, ist morgens um 8 Uhr in Castrop-Rauxel als Leiche aus der Emscher gezogen worden. Die Leiche hat etwa 14 Tage im Wasser gelegen.

Der Tod des Duisburg-Hamborner Ehepaares

Wahrscheinlich doch natürlicher Tod

Zu dem rätselhaften Tode eines Ehepaares in Duisburg-Hamborn teilt die Polizei mit, daß keine Anzeichen vorhanden sind, die auf einen Selbstmord oder gar auf einen gewaltsamen Tod des Ehepaares hindeuten. Während die Frau in ihrem Bette lag, kauerte der Mann, mit Hose und Strickweste bekleidet, neben ihr am Bett. Dem Anschein nach hatte auch der Ehemann bereits im Bett gelegen und seiner Frau, die wahrscheinlich von einem Unwohlsein befallen wurde, Hilfe leisten wollen. In dieser Situation scheinen beide Eheleute vom Tode überrascht worden zu sein.

Der ablehnende Bescheid der USA

Bei Zahlung 100 Millionen Dollar-Kredit Morgans an Londoner Privatbanken

Die Antwort

Staatssekretär **Stimson** überreichte am Mittwoch, wie aus **Washington** gemeldet wird, dem **französischen und englischen Botschafter die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Noten zur Kriegsschuldenfrage.**

Die Antworten an Belgien, die Tschechoslowakei und Polen sind nicht überreicht worden.

Hoovers Standpunkt

Nach der Beratung des Präsidenten Hoover mit 13 führenden Persönlichkeiten des Senats und des Repräsentantenhauses über die Schuldenfrage erklärte das Mitglied des Finanzausschusses des Senats, Harrison, man habe sich allgemein dahin verständigt, daß der Kongreß nichts unternehmen solle, was den Eindruck erwecken könnte, daß er eine Streichung oder allgemeine Revision der Schulden ins Auge fasse, während Schatzamtssekretär Mills sagte, die Meinungen seien sehr geteilt gewesen.

Präsident Hoover erklärte formell, daß er gegen eine Verschiebung der Fälligkeit vom 15. Dezember sei, und empfahl dem Kongreß, einen Organismus einzusetzen für einen Gedankenaustausch mit den Schuldnern über internationale finanzielle Vereinbarungen.

Die Erklärung Hoovers wurde nach der Konferenz mit Roosevelt abgegeben. Hoover erklärte ferner, die Regierungen der Schuldnerstaaten hätten keine Tatsachen angegeben, die eine Verschiebung der am 15. Dezember fälligen Zahlungen rechtfertigen würden. Der von ihm vorgeschlagene Organismus würde in einer Kommission bestehen, die Vorschläge über das Kriegsschuldenproblem entgegenzunehmen und die von ihr für wünschenswert gehaltenen Vorschläge dem Kongreß zu unterbreiten hätte.

England keineswegs unbefriedigt!?

Die Erklärung Hoovers wird in maßgebenden britischen Kreisen auf den ersten Blick keineswegs als unbefriedigend angesehen. Man sieht nun den Vorschlägen der Vereinigten Staaten entgegen, da die im Augenblick für Großbritannien wichtigste Frage die ist, was am 15. Dezember geschehen soll. Hoovers Erklärung, daß bisher von den Schuldnerstaaten nichts vorgebracht worden sei, was eine Suspendierung der Zahlungen am 15. Dezember rechtfertigen würde, wird als vollkommen zutreffend anerkannt. Es ist nun zu erwarten, daß die britische Regierung eine Erklärung vorbereiten wird, welche die Gründe Großbritanniens für den Vorschlag einer Suspendierung erhält. Man zweifelt nicht daran, daß die britischen Argumente, wie vor allem die befürchteten Schwierigkeiten durch Währungsschwankungen, Kapitalbewegungen und eine allgemeine Erschütterung des Vertrauens, mehr als hinreichend stark sind.

Enttäuschung in Paris

Zu der amerikanischen Ablehnung der Moratoriumsgesuche schreibt Journal, wenn auch die Entscheidung des Präsidenten Hoover nicht völlig unerwartet gewesen sei, werde sie doch in Europa eine sehr lebhafte Enttäuschung auslösen. Das Vertrauen, das in Lausanne aus der moralischen Gewißheit entstand, daß die Lasten, die sich aus den Regierungszahlungen ergeben, endlich zu Ende seien, erhalte einen schweren Schlag. Selbstverständlich könne wenigstens für den Augenblick von einer Ratifizierung der Lausanner Abkommen nicht mehr die Rede sein. Auch die Bemühungen der Stresa-Konferenz seien paralysiert worden. Die Weltwirtschaftskonferenz könne als auf unbestimmte Zeit verschoben angesehen werden. Von den Rückwirkungen auf den Sterlingskurs brauche man wohl nicht zu sprechen.

Roosevelts Meinung

Während seiner Rückreise nach Atlanta gab Roosevelt in seinem Zuge eine Erklärung über die Schuldenfrage ab. Er sagte, die Schuldnernationen könnten sich mit der amerikanischen Regierung am zweckmäßigsten und wirksamsten durch die vorhandenen diplomatischen Verkehrswege in Verbindung setzen.

Er erklärte ferner: In allgemeiner Hinsicht bin ich der Meinung, daß ein einzelner Schuldner zu jeder Zeit Gehör bei seinem Schuldner finden und die Gelegenheit haben sollte, dem Gläubiger Tatsachen und Vorstellungen zu unterbreiten, und daß der Gläubiger solchen Tatsachen und Vorstellungen immer höfliche, wohlwollende und gründliche Erwägungen zuteil werden lassen sollte.

Ich stimme mit der Ansicht des Präsidenten Hoover vollkommen überein, daß es sich bei den Kriegsschulden um Darlehen handelt, die in der Annahme gewährt wurden, daß sie zurückgezahlt würden, daß jedes dieser Darlehen isoliert und nicht in Gemeinschaft mit anderen erwogen werden sollte, daß Vereinbarungen die Zahlungsfähigkeit berücksichtigen sollten, und daß die Schulden mit Reparationen nichts zu tun haben.

Ein Vorteil der Behandlung des Schuldenproblems durch die normalen diplomat. Kanäle ist, daß jede Schuldnernation zu jeder Zeit die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung auf neue Zustände und Tatsachen lenken kann, die das Schuldenproblem berühren.

Roosevelt wiederholte dann seine Erklärung, daß die Verantwortung für die Behandlung der in der britischen und in der französischen Note aufgerollten Fragen der gegenwärtigen gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zufalle.

Ein Aus- und Umweg

Der Newyork Evening Post zufolge sind in Wallstreet hartnäckige Gerüchte im Umlauf, wonach das Bankhaus Morgan u. Co. Londoner Privatbanken die Zusicherung gegeben haben soll, daß im Falle der Zahlung der britischen Schuldenrate an Amerika am 15. Dezember nötigenfalls ein erheblicher Kredit zur Unterstützung des Sterlingskurses gewährt werden wird.

Das Blatt sagt: Es ist nicht gelungen, von Morgan u. Co. eine Bestätigung zu erhalten, doch wird den Gerüchten in gut unterrichteten Kreisen Glauben geschenkt. Es wird angenommen, daß die britischen Guthaben in Newyork ausreichen würden, um die am 15. Dezember fällige Zahlung leisten zu können. Allerdings gehört ein wesentlicher Teil der Guthaben Londoner Banken und nicht dem britischen Schatzamt. Hinsichtlich des eventuellen Kredits wird die Summe von 100 Millionen Dollar genannt, doch wird gehofft, daß es nicht nötig sein wird, den Betrag in erheblichem Maße in Anspruch zu nehmen, weil die Kenntnis vom Vorhandensein des Kredits genügen dürfte, um Angriffe auf den Pfundkurs zu entmutigen.

Der Verfassungsstreit Reich — Preußen geht nochmals an den Staatsgerichtshof

Der Preußische Staatsrat trat am Donnerstag wieder zu einem Tagungsabschnitt zusammen. Mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hirtsiefer nahmen auch die Minister Dr. Schreiber, Dr. Schmidt und Dr. Grimme sowie die Ministerialdirektoren Dr. Brecht und Dr. Badt an der Sitzung teil. Zur Verhandlung stand die **Entscheidung des Staatsgerichtshofes im Verfassungskonflikt Preußen-Reich** und die damit verbundenen Gegenstände, namentlich die Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November. Dazu hat der Verfassungsausschuß des Staatsrates am Mittwochabend seine bekannte Entscheidung gefaßt, in der u. a. eine **neue Klage beim Staatsgerichtshof** gefordert wird.

Nach Darlegungen des Berichterstatters des Ausschusses und des stellvertretenden Ministerpräsidenten fand eine Aussprache statt.

Der Antrag des Verfassungsausschusses wurde gegen die Stimmen der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft und der Wirtschaftspartei **angenommen.**

Reichsbaudarlehen für Eigenheime

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind die für die Bewilligung von Reichsbaudarlehen für Eigenheime notwendigen preußischen Ausführungsbestimmungen jetzt ergangen. Danach sind die entsprechenden Anträge an die für den Ort des Bauvorhabens zuständigen Landräte oder Gemeindevorstände (Bürgermeister, Oberbürgermeister) zu richten, denen bisher die selbständige Verwaltung der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuermittel oblag. Die Bewilligung der Darlehen selbst erfolgt durch die zuständigen Regierungspräsidenten, in Groß-Berlin durch den Oberpräsidenten in Charlottenburg und für den Ruhrkohlenbezirk durch den Verbandspräsidenten in Essen.

Umsatzsteuervergütung bei der Ausfuhr

Der Zwölferausschuß des Reichswirtschaftsrats für die Umsatzsteuer hat am 24. November einen vom Reichsfinanzministerium vorgelegten Verordnungsentwurf über Umsatzsteuervergütung beraten.

Der Ausschuß begrüßt, daß entsprechend seinen wiederholten Anregungen das Reichsfinanzministerium mit der Verordnung die Benachteiligung, die der deutschen Ware auf dem Weltmarkt durch die Umsatzsteuerbelastung erwächst, bis zu einem gewissen Grade dadurch beseitigt, daß ein Teil der für die ausgeführte Ware entrichteten Umsatzsteuer bei der Ausfuhr vergütet wird. Der Ausschuß hat sich den leitenden Gesichtspunkten, die vom Reichsfinanzministerium bei der Gestaltung der Verordnung zu Grunde gelegt worden sind, angeschlossen, wonach für alle Waren allgemein ein Vergütungssatz von ½% mit Ausnahme gewisser Roh- und Hilfsstoffe gewährt wird. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1932 mit der Maßgabe in Kraft, daß die Vergütung gewährt wird, wenn die Lieferung in das Ausland nach dem 30. November 1932 erfolgt.

Der Lytton-Ausschuß erweitert seinen Bericht nicht

Der Lytton-Ausschuß trat am Donnerstag in Verfolg des Ratsbeschlusses vom Mittwoch zum erstenmal seit seiner Rückkehr aus der Mandschurei zu einer Sitzung zusammen, in der nach kurzer Beratung festgestellt wurde, daß eine Ergänzung oder Erläuterung des Lytton-Berichtes auf der Grundlage der großen Aussprache im Völkerbundsrat und der Erklärungen der Vertreter Chinas und Japans nicht notwendig sei.

Der Bullerjahn-Prozeß

Zu Beginn der Donnerstagsitzung teilte der Vorsitzende mit, der als Zeuge geladene Schweizer Kaufmann Eduard Bienz, der bereits telegraphisch abgesagt habe, habe sich endlich bereiterklärt, sich in Basel vor dem deutschen Generalkonsulat vernehmen zu lassen.

Sodann wird der Zeuge Bruno Hanke vernommen, der sich über

die Arbeitsmethoden von Gontards

äußern soll. Der Zeuge war von 1915 bis 1919 im Waffenwerk Oberspree, das zum Konzern gehörte, dessen Generaldirektor von Gontard war. Der Zeuge schilderte, wie er von v. Gontard eine weitgehende Vollmacht zur Kontrolle sämtlicher Läger des Konzern erhielt. Ihm sei sogar eine Lebensstellung versprochen worden. Als er Direktor Anderson von diesen Aussichten erzählte, habe sich dieser vor Lachen geschüttelt und gesagt: „Ich warne Sie. Hüten Sie sich vor den Versprechungen des Herrn von Gontard. Wenn Sie 10 Prozent von dem glauben, was er verspricht, dann ist es das Höchstmaß. Der Mann lügt, sowie er den Mund auftut." Bei seinem Ausscheiden habe der Zeuge ein Zeugnis erhalten, das ihn in keiner Weise befriedigte.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmungen wurde der

Chauffeur Karl Gollers aus Berlin

vernommen, der die bereits gemeldete Begegnung und

Unterhaltung mit zwei Männern

vor dem Hotel Saxonia schilderte. — Vorsitzender: Warum haben Sie das alles nicht schon früher zur Anzeige gebracht? — Zeuge: Weil ich den Eindruck hatte, daß es sich gar nicht um einen so großen Landesverrat handelte. — Zu dem Vorfall vor dem Hotel Saxonia sagte der Zeuge noch weiter aus, daß nach ungefähr dreiviertelstündiger Unterredung auch der Wagen des Generals Walsh vorgefahren sei. Gegen 18 Uhr sei Leutnant Jost wieder heruntergekommen, während die beiden Männer schon vorher weggegangen seien, die sich, ehe sie von dem Franzosen mit in das Büro genommen worden seien, nicht beim Portier hätten einzuschreiben brauchen.

Oberleutnant Dühring, der Verbindungsoffizier des Reichswehrministeriums bei der Interalliierten Militärkommission,

erklärte, daß es ihm aufgefallen sei, daß sich der Oberlagerverwalter bei der Kontrolle am 23. Dezember völlig ferngehalten habe, obwohl ihn die Kontrolle in seinem Lager besonders hätte interessieren müssen. Auf Veranlassung des Zeugen sei dann Bullerjahn gerufen worden, der nach einigen Ausflüchten schließlich auch erschienen sei. Diese Ausflüchte seien dem Zeugen verdächtig erschienen, und er habe daraufhin scharf das Verhalten des Leutnants Jost beobachtet. Dieser habe beim Eintritt Bullerjahns in das Zimmer Bullerjahn in keiner Weise beachtet, woraus man geschlossen habe, daß Jost Bullerjahn gekannt habe. Für das dann folgende

Gutachten des militärischen Sachverständigen Majors Hiemer

vom Reichswehrministerium wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit setzte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld nochmals die Gründe auseinander, warum die Verteidiger auf

Vorladung noch anderer Zeugen,

namentlich des Bankdirektors von Stauß und des Schweizers Bienz, bestehen müsse. In diesem Zusammenhang wies Rechtsanwalt Dr. Nagel darauf hin, daß die deutsche Regierung schon seinerzeit auf die französische Regierung wegen einer Zeugenaussage des Leutnants Jost eingewirkt habe, daß aber aus grundsätzlichen Erwägungen heraus trotzdem seitens der französischen Regierung nichts geschehen sei.

Kleine polit. Nachrichten

Dr. Breitfeld aus der SPD. ausgeschlossen

Das Parteibezirksgericht der SPD. in Stettin hat den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Breitfeld aus der Partei ausgeschlossen. Dr. Breitfeld hatte seinerzeit eine Arbeit „Irrwege der sozialen Fürsorge" veröffentlicht, in der er auf die schweren Mißbräuche in der sozialen Fürsorge und auf deren demoralisierende Wirkung auf große Teile der Bevölkerung hingewiesen hatte. Das Verlangen des Parteibezirksgerichtes auf Widerruf hatte Dr. Breitfeld abgelehnt.

Die KPD. erhält durch Listenverbindung ein weiteres Reichstagsmandat.

In der Sitzung des Kreiswahlausschusses im 23. Wahlkreis Düsseldorf-West wurde festgestellt, daß der KPD. infolge der Listenverbindung mit Düsseldorf-Ost ein weiteres Reichstagsmandat zufällt, das Walter Frank in Bochum übertragen wird. In Düsseldorf-West sind demnach endgültig 4 Nationalsozialisten, 1 Sozialdemokrat, 4 Kommunisten, 5 Zentrumsabgeordnete und 1 Deutschnationaler.

Verhaftungen von Angeklagten aus dem früheren Bombenlegerprozeß

Wie die Lüneburger Blätter berichten, sind die in dem großen Bombenlegerprozeß angeklagt gewesenen Landwirte Luhmann-Klues und Becker-Rottorf, sowie Herbert Schmidt aus Hamburg verhaftet und nach Lüneburg gebracht worden. Die Behörden verweigern jede Auskunft, doch dürfte feststehen, daß die Verhaftungen wegen Verdachts der Mittäterschaft bei dem Anschlag auf den Lüneburger Landgerichtsdirektor Kastendik vorgenommen wurden. Das Lüneburger Tageblatt bringt die Maßnahmen außerdem mit der Ermordung des Lüneburger Kolonialwarenhändlers Bodendieck in Verbindung.

Letzte Drahtnachrichten

Besprechungen Hitlers mit Hugenberg und Schäffer

Die Pressestelle der NSDAP. teilt mit: Nach vielen Monaten hat neben Besprechungen mit den Führern anderer Parteien auch wieder eine Besprechung Adolf Hitlers mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, stattgefunden.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat am Donnerstagnachmittag auch eine persönliche Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, stattgefunden.

Besserstellung der Arbeitslosen in den Lohnklassen 7—11

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, hat der Reichsarbeitsminister an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Auslegungserlaß gerichtet, durch den sichergestellt wird, daß mit Wirkung vom 28. d. M. ab Arbeitslose der Lohnklassen 7—11 in allen Fällen mindestens die Unterstützung erhalten, die ihnen zustände, wenn sie in der Lohnklasse 6 wären und danach Anspruch auf die Winterzulage hätten.

Riesendemonstration für den Bierverbrauch in Belgien

Die Gastwirte von Belgien veranstalteten wie vor fünf Jahren durch das Innere der Stadt Brüssel einen Protestumzug gegen die Alkoholgesetzgebung und die hohen Steuern auf den Bierverbrauch. 40—60 000 Menschen aus dem ganzen Land zogen, drei Tage vor den Parlamentswahlen, unter Führung des liberalen Abgeordneten und Hotelbesitzers Marquet, mit Fahnen und Musikkapellen und zahllosen Plakaten durch Brüssel, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Belgier ihr Bier zu verteidigen haben. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß 400 000 Belgier vom Biervertrieb leben.

USA. und ihre Schuldner

Belgien kann nicht bezahlen

Die belgische Regierung wird angesichts der ablehnenden Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Ersuchen um Verlängerung des Hoovermoratoriums eine Haltung einnehmen, die der Haltung Englands und Frankreichs entspricht. In einer Ministersitzung soll der Finanzminister den Standpunkt der Zahlungsunfähigkeit Belgiens vertreten haben. Belgiens Schuld betrage am Fälligkeitstermin, dem 15. Dezember, rund 2 Millionen Dollar. Die Mehrheit der Minister will sich aber laut wohl unterrichteter Blättermeldungen damit begnügen, die Begleichung dieser Schuld auf einen späteren Termin zu verschieben.

Wird England zahlen?

Das Reuter-Büro nimmt zu einer Meldung des „Evening Standard" Stellung, wonach die englische Regierung sich bereits entschlossen habe, die Zahlung an die Vereinigten Staaten nicht zu leisten. Reuter erklärt, daß das Kabinett noch keinerlei Beschlüsse über die Antwortnote an die Vereinigten Staaten gefaßt habe, da die amerikanische Note dem Kabinett selbst noch nicht vorgelegen habe.

Piet van Kempen-Pijnenburg siegen in Amsterdam

Das Amsterdamer Sechstagerennen wurde am Donnerstagabend beendet. Das Favoritenpaar van Kempen-Pijnenburg ging mit 685 Punkten aus diesem Rennen als Sieger hervor, während die Kölner Rausch-Hürtgen, eine Runde zurück, mit 251 Punkten den 2. Platz belegten. An 3. Stelle, zwei Runden zurück, folgten Charlier-Deneef mit 348 Punkten, an 4. Stelle Braspenning-Wals, 3 Runden zurück, mit 238 Punkten. Das zweite deutsche Paar, Göbel-Schorn, rangierte an 8. Stelle mit 119 Punkten. Die Halle war auch am Schlußabend schon früh ausverkauft und die „wilden" Kartenverkäufer machten gute Geschäfte. Der Andrang war so groß, daß sogar die Polizei für Ordnung sorgen mußte.

Zur Schlachtzeit gebrauchen Sie Einkochdosen!



Die neuen Verschlußmaschinen mit Abschneidevorrichtung zum Preise von RM. 45,-- sind da!

Friedrich Hernekamp,
Inh. Julius Rosenögger.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Finanzamts in Soest wird am 26. November 1932, mittags 12 Uhr, in der Gastwirtschaft Griesenbrock, Meyerich

1 Klavier,

im Wege der Zwangsvollstreckung öffentlich versteigert werden.

Soest, den 24. November 1932.

Vollstreckungsstelle des Finanzamts Soest.



O weh

Die Scheibe ist geplatzt. Das macht die trockene Luft beim Heizen. Nehmen Sie die Wasserverdunster.... Dann wird die Zimmerluft feucht. Für Zentral- und Ofenheizung bekommen Sie die Verdunster bei

Oberwinter
hinterm Rathaus.

Soester Rathaus
die feine
Sandblattzigarre
zu 10 Pfg.
Adolf Storck,
Brüderstr. 5.

3-4 Zimmer-wohnung
zu sofort zu mieten gesucht. Angeb. an die Gesch. unt. Nr. 3000.

Samstag morgen 8.30 Uhr
Freibankfleisch.
Die Schlachthofverwaltung.

Ia. Wildfleisch und Reh im Anschnitt
schwere Hasen
auch zerlegt empfiehlt
H. Husemeyer

Alter Hellweg
in hervorragender Qual.
7 Stück 1 Mark
Adolf Storck,
Brüderstr. 5.

Die beliebten Tabake:
für Pfeife u. Mutze
Astos Pastoren
½ Pfd, 75 Pfg.
Astos Jäger
½ Pfd. 1 Mark
Amerikanischer
½ Pfd. 1,25 Mark
(besonders preiswert)
Nur allein bei:
Adolf Storck

4 PS.
Opel-Limousine
in gut. Zustande. Baujahr 1928 für Spottpreis abzugeben. Wo, sagt d. Gesch. unt. Nr. 6032.



Büchерschau

Zum Weihnachtsbüchertisch des Volksverbandes der Bücherfreunde!

Einen besonders reichhaltigen und literarisch wertvollen Weihnachtsbüchertisch bereitet auch in diesem Jahre wiederum der Volksverband der Bücherfreunde. Die besten Autoren von Ruf und Rang sind hier mit Werken vertreten, über die in jedem Gesellschaftskreise gesprochen wird. Namen wie Thomas Mann, Federer, Ganghofer, Frenssen, Galsworthy, Hamsun, C. Hauptmann, Hoechstetter, Huch, London, Löns, Michaelis, Molo, Olden, Voß, Wassermann u. a. m. repräsentieren das literarische Niveau, auf dem das belletristisch wie wissenschaftlich anregungsreiche Buchprogramm des V. d. B. aufgebaut ist. Buchtechnisch ist jedes V. d. B.-Werk das Produkt vollendeter deutscher Wertarbeit, und die vornehm gediegenen Halblederbände in ihren unerreicht niedrigen Preislagen nehmen ein überragende Stellung auf dem deutschen Buchmarkte ein. Es liegt daher im eigenen Interesse jedes Bücherfreundes, sich das neueste Buchverzeichnis des Volksverbandes der Bücherfreunde kostenlos und unverbindlich von Berlin-Charlottenburg 2, Berliner-Straße 42—43, kommen zu lassen, verkörpert es doch einen unentbehrlichen Führer durch das moderne Geistesleben.

Ingenieurschule Ilmenau
in Thüringen. Maschinenbau und Elektrotechnik. Wissenschaftliche Betriebsführung. Werkmeisterabteilung.

Ev. Volksverein.

Sonntag, den 27. Nov., abends 8 Uhr
Generalversammlung
1. Vortrag mit Bildern über Japan.
2. Geschäftliches, Beiträge etc.

Der Vorstand.

Schöne
Wohnung
1. Et., 6 Zimmer, Küche und Nebenräume und Mitbenutzung des Gartens per 1. Dezember zu vermieten.
Offert. unt. Nr. 6026 an die Gesch.

Abgeschlossene
Wohnung
in Sassendorf gesucht. Preisangebot erbet. unt. Nr. 6035 a. d. Gesch.

Nur noch 2 Tage
dauern die riesig
billigen Volks-
versorgungs-
Tage
in dem neu eröffneten
Reich's Bekleidungshaus
o. H. in Hamm (Westf.)
Das Hauptziel dieser Veranstaltung ist die Versorgung der notleidenden Bevölkerung mit billig., aber guter Kleidung.
Es gelangen zum Verkauf riesig große Mengen
Neue
sowie von besseren Herren wenig
getragene
Anzüge, Ueberzieher, Ulster, Gehröcke, Smokings, Fracks, Cutaway-Anzüge, Lodenmäntel, Gummi-Mäntel, Lederjacken, Lederhosen, Loden-Joppen, Hosen, Stutzer, Burschen und Kinder-Kleidung usw.
Die Preise sind so niedrig, daß sich jetzt alle, auch Erwerbslose, die notwendig. Kleidungs-Stücke anschaffen können.
Auch für korpulente Herren passende Kleidung.
Den ganzen Tag durchgehend geöffnet!
Reich's
Bekleidungshaus
o. H. **Hamm, Bahnhofstraße 19**
gegenüber Corso-Betriebe,
1 Minute v. Bahnhof.
Hfn- und Rückfahrt-Vergütung.
Der weiteste Weg lohnt!

Lichtburg-Soest

Ruf 340.

Ab **heute** bis einschl. **Dienstag** ein großer Tonfilm mit großen Darstellern!

Hochaktuell
der grandiose Ufafilm:

„Mensch ohne Namen"

von der Heimkehr des seit 1916 verschollenen und aus der Liste der Lebenden gestrichenen Heinr. Martin aus Rußland und dem Aufbau seines neuen Lebens.

Sensationell
sein Kampf um seine Identität, um die Gültigkeit seines Namens, um Heimats- und Existenzberechtigung.

Ergreifend
sein Verzicht auf verlorene Liebe, sein Werben um ein neues Glück.

Meisterhaft
im Zusammenspiel mit **Helene Thimig** und **Maria Bard** die Gestaltung dieses Mannes durch den größten, lebenden, deutschen Schauspieler

Werner Kraus.

Hierzu:

Ein ausgewähltes tön. Beiprogramm!

Vorführungszeiten:
Freitag, Montag und Dienstag um 8,15 Uhr;
Samstag um 5,30 und 8,15 Uhr;
Sonntags durchgehend von 2—11 Uhr!

Deutscher Abend
der S. A.
veranstaltet vom Sturm 31/98., Soest
am Sonnabend, dem 26. 11., abends 8,15 Uhr im Saale Gruß.
Eintritt 50 Pfg. Erwerbslose gegen Ausweis 30 Pfg.
Vorverkauf: Braunes Haus



BITTE
bedienen Sie sich dieses Gutscheines, und auch Sie sind bestimmt zufrieden.
unter Ihrer Post ist, gibt es keinen Verdruß, aber ein zufriedenes Gesicht.

Gutschein
4-Rpf.-Drucksache in Umschlag an „Motor und Sport", Pleasant
Ich möchte „Motor und Sport" kennenlernen. Senden Sie bitte die Zeitschrift an untenstehende Adresse kostenfrei und unverbindlich einen Monat lang.
Ort und genaue Adresse
Stempel, Unterschrift

Wieder was Neues



10 Pfg. STADTRAT 10 Pfg.
Eine Sandblatt Cigarre von unvergleichlich feiner Qualität, hell leicht feines Aroma.
Adolf Storck, Brüderstraße 5.

Reinhard und Martin haben heute ein
Schwesterchen
bekommen. Es soll **Gisela** heißen. Dies zeigen in dankbarer Freude an.

Hermann Zahnow und Frau Gerda,
geb. Nottebom.

Soest, den 24. November 1932.

Theater-Abend
des Turnvereins „Jahn" Soest
am Sonntag, dem 27. November, abends 8 Uhr, im Domhof.
Eintrittspreise 30 und 50 Pfg.
Kassenöffnung 7 Uhr.

Wer schlachtet, braucht



Züchner-Einkochdosen
Fleischhackmaschinen, Ersatzteile, Schlachtmesser, Schmalztöpfe, Wurstgarn, Krummhölzer usw.
Abschneiden, Bördeln und Verschließen der Dosen bei
Franz Kerstin

Großer Sonderverkauf!
Billige Klaviere!
Biete an: ca. 30 Pianos in schwarz, nussbaum u. Eiche zum Teil ganz moderne, fast neue Instrumente. Preise je nach Qualität u. Alter von 400-575 RMk.
fachmännische Pianohandlung
Fritz Jürgens Lippstadt
Hellinghauserweg 38d Tel. 2766

2 BN. 6—32.

Ueber das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Paul Bittner in Soest, Samenbau, Samenhandlung, Gärtnerei ist am 24. November 1932 — 12 Uhr — das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Der Bücherrevisor Dr. von der Vecht in Soest ist zur Vertrauensperson ernannt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf den 30. Dezember 1932 — 11 Uhr — vor dem Amtsgericht in Soest, Zimmer Nr. 17, anberaumt. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen ist auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Soest, den 24. November 1932.

Die Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Bekanntmachung
Prämie für Hausangestellte.

Weibliche Hausangestellte, die bis zum Schlußtage des Kalenderjahres 1932 in der Stadt Soest ununterbrochen 4 Jahre in einer Stellung verbracht haben, erhalten von der Stadt eine Belohnung.

Es kommen nur solche weibliche Hausangestellte in Betracht, die Kost und Wohnung im Hause ihres Arbeitgebers haben. Die vierjährige Dienstzeit für diejenigen Hausangestellten, die schon einmal eine Prämie erhalten haben, rechnet vom Tage des Erhaltens der letzten Prämie ab.

Meldungen sind bis zum 8. Dezember 1932 einschließlich im Stadthaus, Zimmer 4, schriftlich anzubringen.

Die Aushändigung der Prämien erfolgt am Donnerstag, dem 22. Dezember 1932, um 16 Uhr im Dienstzimmer der Stadthauptkasse.

Soest, den 24. November 1932.

Der Magistrat.

Oeffentliche Bekanntmachung

Die am 10. November ds. Js. fällig gewesene Bürgersteuer 1932, die auf Grund besonderen Veranlagungsbescheides angefordert ist, wird hiermit angemahnt.

Mahnzettel werden nicht behändigt.

Nach Ablauf der Mahnfrist — 29. November 1932 — **setzt die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung ein.**

Wir erinnern gleichzeitig an die Abführung der für den **Monat Oktober 1932** von den Arbeitnehmern einzubehaltenden und spätestens bis zum 5. November ds. Js. durch die Arbeitgeber an die unterzeichnete Kasse abzuführende Bürgersteuer.

Soest, den 24. November 1932.

Die Stadthauptkasse als Vollstreckungsbehörde:
Sewin, Büro- und Kassendirektor.